

neuer Webauftritt
www.CBGnetwork.org

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 3/2006 24. Jahrgang

TITEL:

Nanotechnik

Kleine Teile, große Gefahr

WEITERE THEMEN:

- BAYERs Genreis-Gau
- BAYER macht NRW-Politik
- CBG-Kartellklage abgelehnt

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.





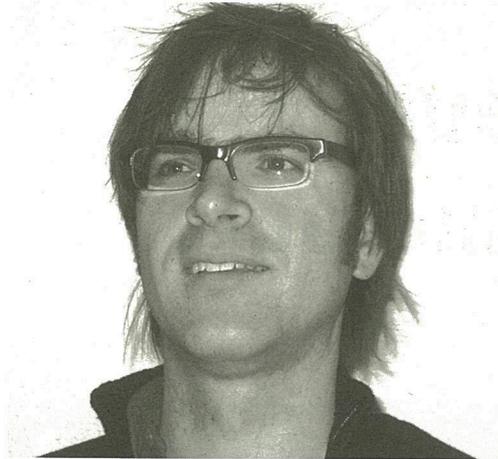
Inhalt

- | | |
|---|--|
| <p>4 Nanotechnik
Kleine Teile, große Gefahr</p> <p>10 Pestizide in Indien
Die neue BAYER-Cola</p> <p>12 Die BAYER-Pipeline
NRW-Kommunen protestieren</p> <p>16 BAYER macht NRW-Umweltpolitik
Der „Dialog Wirtschaft und Umwelt“</p> <p>20 Unternehmenssteuerreform
Sechs Milliarden für BAYER & Co.</p> <p>22 CBG-Klage abgelehnt
Richter decken Kartelle</p> | <p>26 BAYER kooperiert mit WWF
Greenwashing leicht gemacht</p> <p>28 Nachruf auf Henry Mathews
CBG-Mitstreiter gestorben</p> <p>31 BAYER-Genreis ist überall
Neu bei ALDI: LL 601-Reis</p> <p>Rubriken</p> <p>5 O-Ton BAYER</p> <p>7 Echo</p> <p>18 Impressum</p> <p>19 CBG bei der Arbeit</p> <p>24 Au weia, BAYER!</p> <p>27 Promis gegen Profit</p> |
|---|--|



Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.

www.CBGnetwork.org



Der Politikwissenschaftler Ulrich Müller ist im Vorstand von LOBBYCONTROL aktiv, einer neuen Initiative für Transparenz und Demokratie. Mehr Infos unter www.lobbycontrol.de.

Liebe Leserinnen und Leser,

ob in Kommissionen zur Energiepolitik oder bei den Vorbereitungen der WTO-Verhandlungen – die LobbyistInnen sind in Brüssel immer an erster Stelle dabei. Schätzungsweise 15.000 LobbyistInnen arbeiten dort, die meisten für Unternehmen oder Wirtschaftsverbände. Die Chemielobby hat Millionen Euro in eine Medienkampagne fließen lassen, um die REACH genannte neue Chemikalienpolitik der EU zu verzögern und zu verwässern. Insbesondere die deutschen Unternehmen BAYER und BASF sowie der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) engagierten sich stark. Von BAYER & Co. finanzierte Gutachten kamen zu maßlos übertriebenen Prognosen über die Kosten für die Industrie und den infolgedessen zu erwartenden Arbeitsplatzabbau. Der Berichterstatter für den Binnenmarkt-Ausschuss, Hartmut Nassauer (CDU), ließ sich bei den Verhandlungen im Europaparlament direkt von Michael Lulei unterstützen, einem Experten des VCI, der sich in seinem Jahresbericht 2005 dann auch seiner „Politikberatung“ rühmt.

Der Öffentlichkeit bleiben solche Verbindungen oft verborgen – ebenso die Auftraggeber einzelner Lobby-Agenturen oder so genannter Denkfabriken. Die sich

für Softwarepatente stark machende „Campaign for Creativity“ gab sich beispielsweise als Kampagne von kreativen Berufen aus. In Wirklichkeit wurde sie von einer Lobby-Agentur betrieben und von MICROSOFT, SAP und dem Computerverband COMPTIA finanziell unterstützt.

Deshalb ist es nötig, mehr Licht in den Brüsseler Lobbydschungel zu bringen. LOBBYCONTROL hat dazu jüngst den lobbykritischen Stadtführer „Lobby Planet Brüssel“ veröffentlicht und beteiligt sich an der europäischen ALLIANCE FOR LOBBY TRANSPARENCY AND ETHICS REGULATION (ALTER-EU). Dieses Bündnis aus über 140 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften und WissenschaftlerInnen engagiert sich für verpflichtende Transparenzregeln für die AntichambriererInnen, verschärfte ethische Standards wie zum Beispiel eine Karenzzeit für Mitglieder der EU-Kommission, bevor sie als LobbyistInnen arbeiten dürfen, und das Ende des privilegierten Zugangs von Lobbygruppen zu EU-Institutionen.

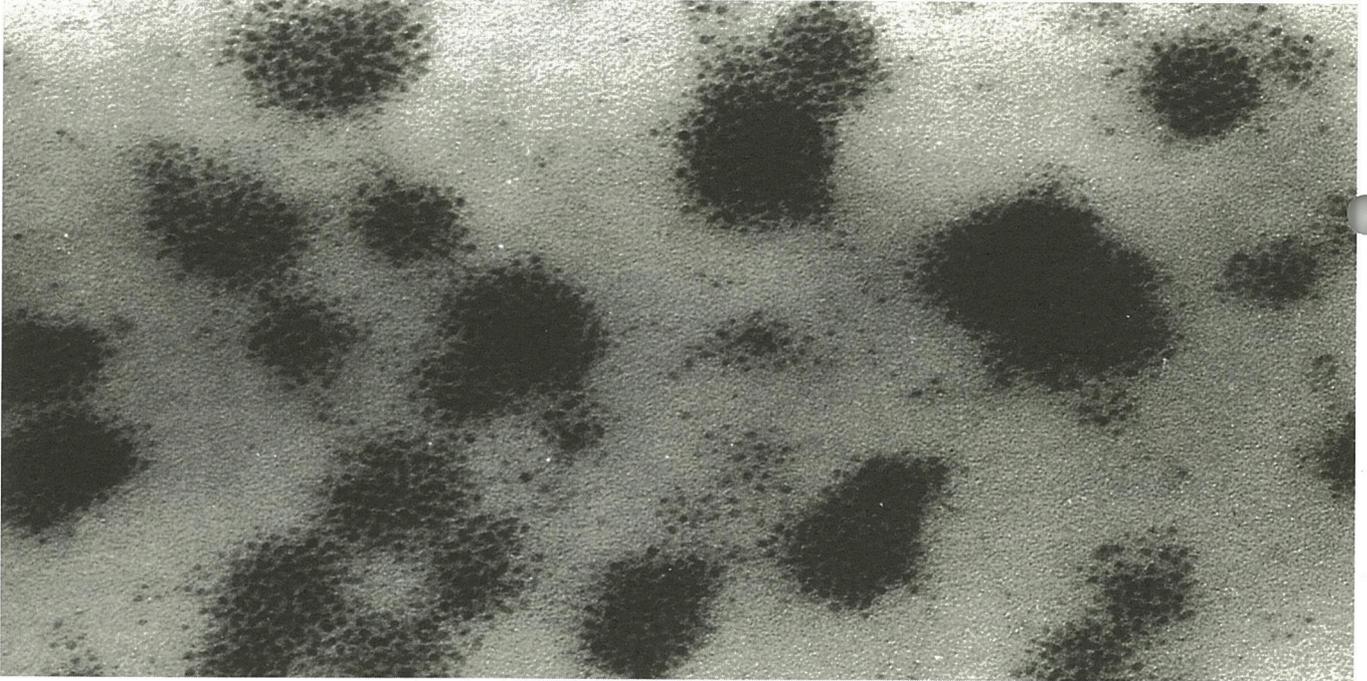
Die EU-Kommission bewegt sich aber nur wenig. Im Rahmen der Europäischen Transparenzinitiative (ETI) möchte sie ein Register für LobbyistInnen auf freiwilliger

Basis einrichten – aber das ist unzureichend. Ein solcher „Good Will“-Ansatz würde nur einen trügerischen Schein von Transparenz schaffen, die besonders dreisten LobbyistInnen wie die „Campaign for Creativity“ blieben weiter unbehelligt. Die Kommission muss diese Organisationen zur Transparenz verpflichten und darf ihnen keinen bevorzugten Zugang bieten. BürgerInnen und die kritische Zivilgesellschaft sollten ihr das klar machen, wenn im Herbst die nächsten Schritte der Transparenzinitiative entschieden werden. Außerdem wird es Ende des Jahres den zweiten „Worst EU Lobbying Award“ geben – ein Negativpreis für besonders irreführende und verwerfliche Lobby-Praktiken. Der Gewinner wird über eine Online-Abstimmung ermittelt (www.eulobbyaward.org). Wir hoffen auf rege Beteiligung, um es den in Diensten von BAYER & Co. stehenden MeinungspflegerInnen ein wenig schwerer zu machen!

Ulrich Müller

Nanotechnik: kleine Teile, große Gefahr

BAYERs neue Risikotechnologie



Nanoteile unter dem Mikroskop

Der Leverkusener Multi will mal wieder hoch hinaus und mittels der Nanotechnologie Gott spielen. „Wenn wir lernen, Materialien bis in die atomare Ebene hinein zu verändern, dann können wir neue Wirkungen erzielen, Eigenschaften optimieren und dadurch völlig neue Möglichkeiten für alle Geschäftsfelder unseres Unternehmens eröffnen“, frohlockte im Jahr 2003 der damalige Forschungsvorstand Udo Oels. Was dem Konzern im Bereich der Gentechnik schon an Mikro-Manipulationen gelang, vollbringt er inzwischen auch auf dem neuen Gebiet - mit ähnlichen Risiken und Nebenwirkungen.

Von Jan Pehrke

Die Nanotechnologie beflügelt zurzeit die Fantasien der ForscherInnen wie kaum eine andere Disziplin. Nasa-WissenschaftlerInnen träumen von einer Art Himmelsleiter - einen aus Nanoteilchen zusammengesetzten Fahrstuhl zum Weltall. Andere halluzinieren sich mittels „atomarer Fertigung“ selbst generierende Maschinen, und ein Allheilmittel gegen Krebs soll bei dem Ganzen auch mal

wieder abfallen. Versprechungen dieser Art sind halt unverzichtbar, wenn es gilt, Gelder zu akquirieren.

Die Nano-Realität sieht weit profaner aus. Sie besteht bei BAYER im Wesentlichen daraus, mittels der winzigen Nanopartikel die Eigenschaften von Materialien zu verändern. So brachten Konzern-TüftlerInnen auf der Oberfläche von Leder kleine Duftkapseln an, die dem Stoff

wieder zu dem typischen Geruch verhelfen, den die industrielle Bearbeitung ihm genommen hat. Eine andere Abteilung will Kunststoffen durch die Einarbeitung von Nanoröhrchen aus Kohlenstoff zu mehr Härte und Leitfähigkeit verhelfen. Und Folien made by BAYER halten jetzt dank luftabhaltender Nanopartikel industriell produzierte Lebensmittel frischer.

Dafür haben die ForscherInnen sich

den Sauerstoff-Molekülen in den Weg stellende Schichtsilikat-Teilchen von der Größe einiger Nanometer in eine Folie aus Durethan-Kunststoff eingeschleust. Da 1 Nanometer 0,000001 Millimeter entspricht, erreichen sie damit gerade mal eine Ausdehnung von ein paar Millionstel Millimeter - nicht von ungefähr leitet sich der Begriff „Nano“ vom griechischen Wort für „Zwerg“ her. Und in dieser Miniaturwelt herrschen ganz andere Gesetze als in der großen, weiten. Da die

„Im Prinzip müsste man jedes Teilchen für sich charakterisieren und auf seine potenzielle Toxizität charakterisieren“, meint deshalb Wolfgang Luther vom „Bundesverband der Deutschen Industrie“

Nanoteilchen z. B. eine im Vergleich zu ihrem Volumen viel größere Oberfläche haben als ihre „Big Brothers“, sind sie kontaktfreudiger und reagieren schneller. Wie, das lässt sich allzu oft gar nicht vorhersehen. In diesen Dimensionen gelten schon die Regeln der Quantenphysik, und damit regiert der Zufall. So kann sich ein längst bekannter Stoff wieder in

ein unbekanntes - und damit auch gefährliches - Wesen verwandeln. „Im Prinzip müsste man jedes Teilchen für sich charakterisieren und auf seine potenzielle Toxizität charakterisieren“, meint deshalb Wolfgang Luther vom „Bundesverband der Deutschen Industrie“.

Und das ist nach Meinung von BAYER & Co. natürlich zuviel verlangt - also geschieht gar nichts, obwohl WissenschaftlerInnen mit alarmierenden Befunden aufwarten. Texanische ForscherInnen haben die Ausbreitung von Nanoteilen im Erdreich beobachtet und vor einem Eindringen dieser in die Nahrungskette gewarnt. MedizinerInnen wiederum haben durch Kohlenstoff-Nanoröhrchen verursachte Entzündungen von Lungengewebe diagnostiziert. Mäuse, die eine hohe Konzentration dieser Röhrchen einatmeten, starben binnen 24 Stunden.

Allerdings hätten die WissenschaftlerInnen sich ihre Tierversuche sparen können. Für eine Gefahrenanalyse hätte es genügt, die Erkenntnisse aus den Feinstaub-Untersuchungen hochzurechnen, oder besser herunterzurechnen: Nanos sind 1000 mal kleiner als Feinstäube. Deshalb gelingt es ihnen noch viel besser als Ruß-Partikeln, durch die

O-Ton BAYER

„Wir sind nun mal keine charity (...) Neue Medikamente sehen Sie alle paar Jahre, das ist ein Ergebnis massiver Forschung. Doch Mittel gegen eine vernachlässigte Krankheit wie Tuberkulose zu entwickeln, das wäre kommerziell schwer durchzusetzen.“

Das sagte der BAYER-Manager Martin Springlee zu dem Umstand, sich die Entwicklung eines neuen Tuberkulose-Präparates von Bill Gates bezahlen zu lassen und sich so in Ruhe weiter Arznei-Therapien profitträchtigerer Krankheiten widmen zu können.

Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.



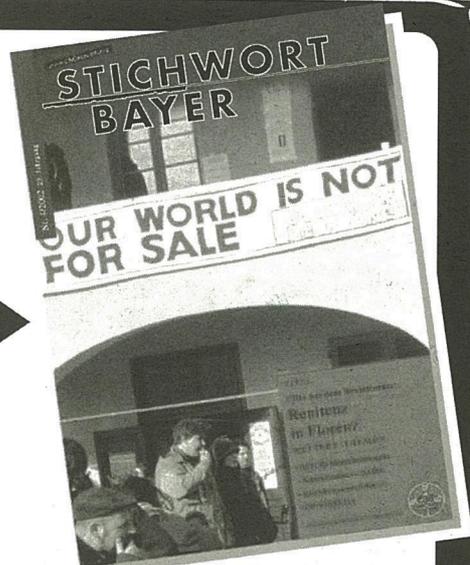
www.CBGnetwork.org

Globalisierung: Kritik konkret!

JETZT ABONNIEREN!

Die weltweite Globalisierungskritik fordert: Brecht die Macht der Konzerne!
STICHWORT BAYER sagt, wie das konkret gehen kann.

STICHWORT BAYER (SWB) und die englisch-sprachige Ausgabe keycode BAYER erscheinen seit 1982 und sind ein wichtiges Stück Gegenmacht.
Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung.



www.CBGnetwork.org e-mail: CBGnetwork@aol.com

Bitte zurücksenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich/wir abonnieren für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

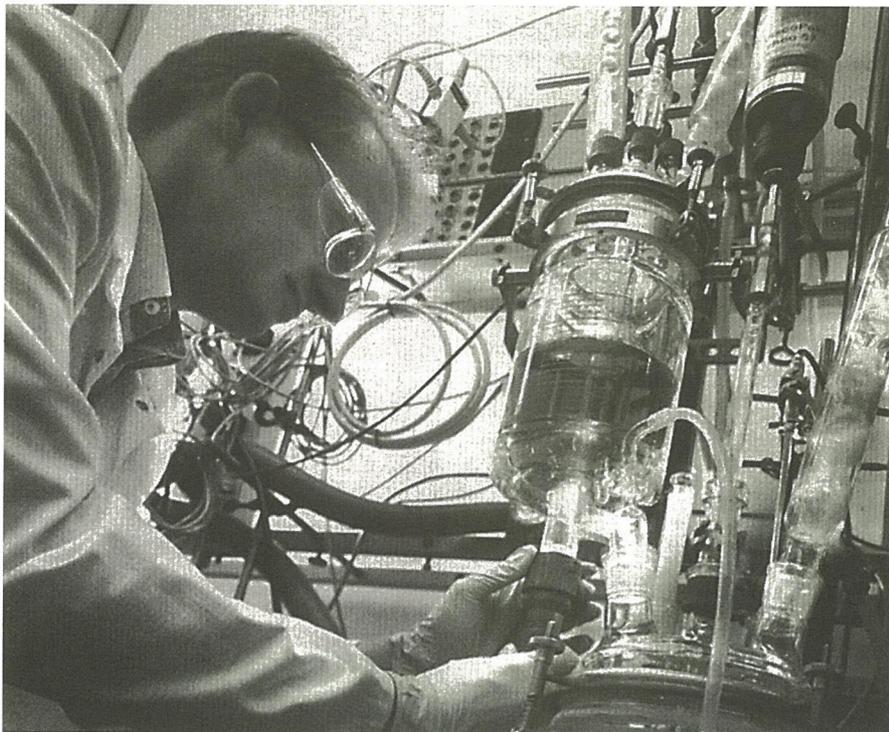
Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solidfonds €

Bank _____ BLZ _____ Straße/Nr. _____ Datum/Unterschrift _____

Kontobr. _____ Name/Vorname _____ PLZ/Ort _____ Alter _____





Ein Techniker bei der Mikro kapsel-Herstellung

Membranen der Zellen zu schlüpfen und mit den Mitochondrien deren Energiezentren auszuschalten oder über das Blut ins Gehirn vorzudringen, was bei größeren Substanzen eine körper-eigene Schranke verhindert. Als „das nächste Asbest“ gelten Nanoteilchen deshalb schon, zumal ihr Aufbau derjenigen der Krebs erregenden Substanz gleicht. Der avisierte Einsatz der Risikotechnologie in der Lebensmittel-Produktion ist besonders waghalsig. Aus diesen Gründen schöpfen nicht nur die üblichen Verdächtigen Verdacht, sondern auch große Versicherungskonzern-

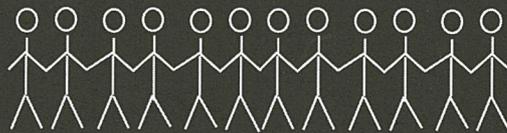
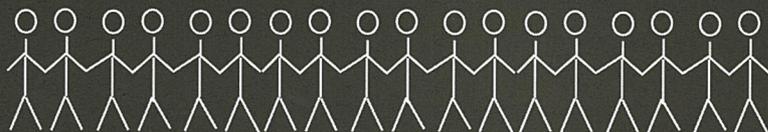
ne. „Es ist zu befürchten, dass die Nanotechnologie zur Kategorie der revolutionären Risiken mit ursächlich nachweisbarer Schadenfolge gehören wird“, heißt es in einer Studie des Unternehmens SWISS RE.

Wegen solch alarmierender Perspektiven hat es Mitte der 90er Jahre viel Protest gegen ein Werk der jetzt zum Verkauf stehenden BAYER-Tochter HC STARCK zur Herstellung von Nanopulvern aus Keramik oder Metallen gegeben. Ein Experte für gefährliche Arbeitsstoffe plädierte für einen streng kontrollierten

Probetrieb, und nicht einmal das Landesgesundheitsamt wollte Gesundheitsgefährdungen ausschließen. Trotzdem gaben die Behörden grünes Licht für die Anlage. UmweltschützerInnen klagten daraufhin, hatten aber keinen Erfolg.

Das Gericht übernahm die Position HC STARCKs, wonach von den Nano-Partikeln keinerlei Bedrohung ausgehe. „Small is beautiful“ lautet das Credo von BAYER & Co.. Ihrer Ansicht nach handelt es sich bei den Winzlingen keinesfalls um unbekannte Flugobjekte, sondern um alte Freunde. Im chemischen Sinne seien es schlicht und einfach Elemente, meinte Markus Prädöhl als Vertreter des „Verbandes der Chemischen Industrie“ im Oktober 2005 auf einer Tagung des Bundesumweltministeriums zu den Risiken der Nanotechnologie. Und wie mit denen zu verfahren sei, dazu stehe im Chemikaliengesetz alles Nötige. Allenfalls ein paar zusätzliche Tests wollte er zugestehen - natürlich nur auf freiwilliger Basis. Eine 100-prozentige Sicherheitsgarantie mögen die Multis nämlich auch nicht abgeben. Der Fortschritt hat halt seinen Preis. „Eine Technik, die nicht potenziell gefährlich ist, ist auch nicht potenziell hilfreich“, so der auch von BAYER immer wieder gern zitierte Wolfgang Heckl, der als Physiker der Universität München das „Exzellenznetzwerk für Nanobiotechnologie“ leitet. Trotzdem tun die Konzerne alles, um die Gefährdungen zumindest virtuell zu deponenzieren und üben massiven Druck auf die von ihren Aufträgen abhängigen Forschungseinrichtungen aus. „Die drohen, meinen Ruf zu zerstören, wenn ich

solidarität ist



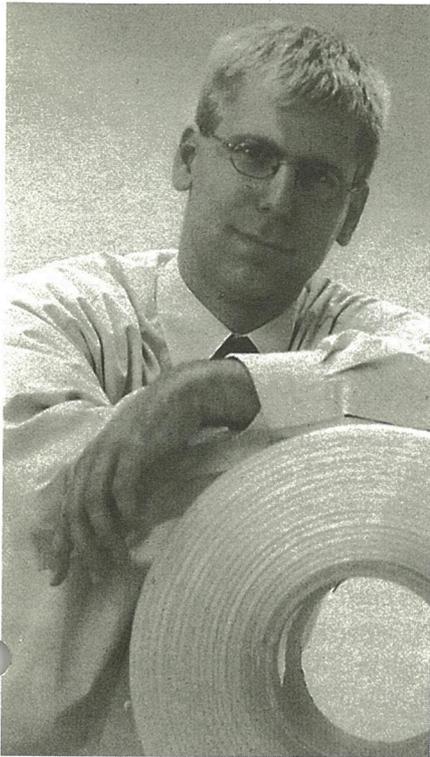
eine waffe

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund



Techniker mit Nanofolie

offen vor den Gefahren warne", vertraute ein Wissenschaftler eines großen bundesdeutschen Institutes dem *stern* an.

Von der Politik haben er und seine Kollegen keine Rückendeckung zu erwarten. Geschlagene vier Jahre musste Harald Krug vom Forschungszentrum Karlsruhe die staatlichen Stellen bearbeiten, ehe diese ein Forschungsprojekt zu den Nano-Nebenwirkungen bewilligten. Entsprechend halbherzig geriet „NanoCare“ dann auch. Die Bundesregierung nahm nämlich BAYER & Co. mit ins Boot. Die Konzerne steuern 2,6 Millionen Euro zum 7-Millionen-Etat bei und bestimmen die Ausrichtung mit. Der Leverkusener Multi hat so seine eigenen Vorstellungen vom Kurs der Institution. „NanoCare wird wichtige Grundlagen für innovative Materialforschung legen und die verantwortungsbewusste Verwendung neuartiger Nano-Materialien unterstützen“, kündigte Dr. Harald Pielartzik als Leiter von BAYERS „Nanotechnology Working Group“ in der konzern-eigenen Propaganda-Postille *direkt* an. Pielartzik zufolge wollen die NanoCarer „allgemein akzeptierte Mess- und Prüfmethode erarbeiten, mit denen sich Sicherheitsfragen zu Nano-Materialien bewerten lassen“. Und es steht zu befürchten, dass diesen gewundenen Worten die entsprechenden Taten folgen werden. Nach Maßnahmen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz hört sich das jedenfalls nicht an.

Es steht auch einfach zuviel Geld auf dem Spiel. BAYER rechnet bis 2010 mit einem Marktvolumen von über 200 Milliarden Euro für Nano-Produkte. Die Bundesregierung betrachtet die Sache gleichfalls vornehmlich unter wirtschaftspolitischen und nicht etwa unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten. Als Schlüssel- und Querschnittstechnologie von großer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland bezeichnet Forschungsministerin Annette Schavan die Nanowissenschaften und zeigt sich entsprechend spendabel. Das Programm „Nanotechnologie erobert Märkte“ bedenkt die Unternehmen jährlich mit ca. 120 Millionen Euro. HC STARCK ist es sogar schon in grauer Nano-Vorzeit gelungen, auf die Fördertöpfe zuzugreifen. 1997/98 hat das Unternehmen vom Forschungsministerium 1,5 Millionen Euro für die Entwicklung diverser Nano-Pulver erhalten. Nur Japan und die USA subventionieren ihre Wirtschaft auf diesem Sektor stärker. Da ließ es sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Februar des Jahres auf der „Nanotech“-Messe in Tokio auch nicht nehmen, mit dem Stand von BAYER, BASF & Co. einem der größten in der Halle persönlich seine Aufwartung zu machen. Als würde all das noch nicht reichen, zeigt sich auch die EU spendabel. Ihr neuestes Forschungsrahmenprogramm hält 3,5 Milliarden Euro für die kleinen Teile bereit. Nur eines interessiert die Geldgeber dabei kaum: die Auswirkungen auf die Gesundheit. Nach Angaben der kanadischen Umweltinitiative ETC fließt gerade mal ein Prozent des Nano-Geldregens in Verbraucherschutzprojekte.

Eine solche Investition wäre auch deshalb wichtig, weil die kleinen Teilchen sich anschicken, als Knotenpunkt einer neuen Querschnittstechnologie groß herauszukommen. „In der Nanotechnologie vereint sich die Nutzung von physikalischen Gesetzen, chemischen Stoffeigenschaften und biologischen Prinzipien“, schwärmt BAYERS PR-Organ *Research*. „NBIC“-Konvergenz nennen ForscherInnen die Fusion von Nano-, Bio-, Informations- und Neurotechnologien. Populärwissenschaftlich hat sich - abgeleitet von den Anfangsbuchstaben der jeweiligen Ausgangsmaterialien Bits, Atome, Neuronen und Gene die Bezeichnung BANG durchgesetzt. Da bei dieser Konstellation das Risiko-Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile und ein großer Knall nicht ausgeschlossen ist, erweist sie sich als

Echo

T. S., Berlin: „Es tut uns so gut, dass Ihr durchgehalten habt. Ihr setzt - nur weil ihr immer noch da seid - eine große Hoffnung in die Welt.“

Prof. Dr. G. P. M., Indien: „Bitte nehmen Sie uns in den Verteiler für *keycode* BAYER auf. Es würde unter den Pharmazie-Studenten unserer Institution eine große Leserschaft finden.“

Eine französische Publizistin: „Danke für eure Infos, die ich oft gut gebrauchen kann. Ich beende gerade ein Buch, das unter anderem Kapitel über Umwelt und Medizin enthält, für die ich auf eure Artikel zurückgegriffen habe.“

Ein Schüler aus Österreich: „Sehr geehrter Herr Mimkes! Die Unterlagen haben mir sehr geholfen, das Referat über die Ausbeuterei von BAYER und den skrupellosen Handel war ein voller Erfolg. Wir haben damit aufzeigen können, wie große Konzerne die kleinen ausbeuten, ohne dass irgendjemand etwas merkt. Ich habe auch noch versucht, mit BAYER Kontakt aufzunehmen, diese haben meine Mails aber schlicht ignoriert.“

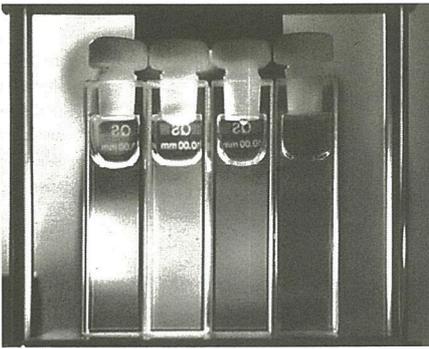
M. S., Großbritannien: „Ich bin immer sehr glücklich über eure Veröffentlichungen - SEHR glücklich. Die auf eurer website publizierten Fakten sind extrem wichtig, und nur sehr, sehr, sehr wenige Menschen außerhalb eures Netzwerkes kennen sie. Macht weiter so gute Arbeit!“

Zuschrift aus Nord-Kalifornien: „Der BAYER-Konzern ist ganz in meiner Nähe, und ich suche immer nach einer Gelegenheit, um gegen ihn zu demonstrieren, protestieren oder sonst eine Aktion durchzuführen. Wenn Ihr von etwas erfährt, lasst es mich wissen!“

Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.



www.CBGnetwork.org



Leuchtende Nanoteile

unerwartet zutreffend.

Und wie immer, wenn eine Disziplin in neue Dimensionen vorstößt, horchen die Militärs auf. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium steckt hohe Summen in die Nanoforschung, und auch bundesdeutsche Strategen beschäftigen sich mit den Winzlingen. Schon 2001 widmete sich die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ den wehrtechnischen Aspekten der Nano-Teilchen.

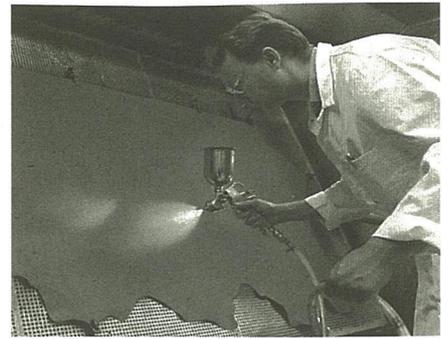
Die kühnsten Generäle fantasieren bereits ferngesteuerte Kampfroboter herbei. Etwas bodenständigere warten auf eine neue Generation von Kampfstoffen. „Es könnte sich ein Missbrauchspotenzial

ziviler Nanomedizin entwickeln“, meint etwa Matthias Grüne vom „Fraunhofer Institut Naturwissenschaftliche Trendanalysen“ und verweist auf die Gefahr, bislang bei Kontakt zu Sauerstoff vergehende Substanzen durch Nano-Partikel zu stabilisieren und so zu Waffen zu machen.

Die Realo-Krieger hingegen setzen erst einmal auf mittels Nano veränderte Materialeigenschaften, die Flugzeuge leichter, wendiger und unabhängiger vom Kraftstoff-Vorrat machen oder Munition noch härter als Kruppstahl. Als Rohstoff-Lieferant hierfür kommt nicht zuletzt die BAYER-Tochter HC STARCK in Frage, die bisher schon viel mit den Waffenschmie-

„Es ist zu befürchten, dass die Nanotechnologie zur Kategorie der revolutionären Risiken mit ursächlich nachweisbarer Schadendfolge gehören wird“, heißt es in einer Studie des Unternehmens SWISS RE

den kooperiert und ihnen beispielsweise fast die Hälfte der Produktion des eine extrem hohe Dichte aufweisenden Wolframs verkauft. Deshalb forderte der US-



Aufsprühen des Lederduftes

amerikanische Unternehmer Bill Joy bereits 2000 ein Moratorium für wehrtechnische Nanoforschung und plädierte für eine internationale Kommission zur Risikobewertung.

Aber selbst bei den nano-getunten Produkten hapert es einstweilen noch. Die auch in BAYER-Laboren gefertigten Nano-Röhrchen aus Kohlenstoff haben bislang nämlich die Erwartungen nicht erfüllt. Hatte deren Entdecker Richard Smalley einst prophezeit: „Kohlenstoff-Nanoröhrchen könnten für die Zukunft der Menschheit Wunder wirken“, so kündigten Unternehmen wie DEGUSSA an, sie bald schon wieder auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Die kleinen Teile erhöhen

Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne: Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

**Informationen
abfordern, jetzt!**
CBGnetwork@aol.com



Spenden.

**STICHWORT BAYER
abonnieren.**

Mitglied werden.

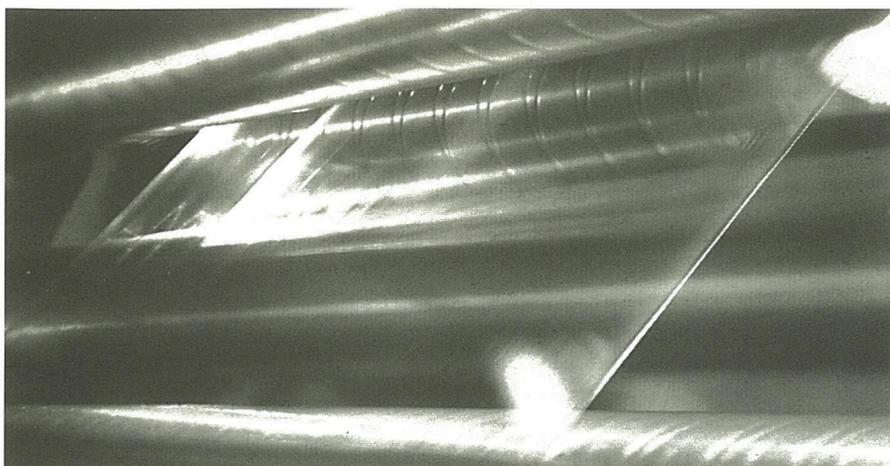
Postfach 1504 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211 - 33 39 11 Fax 0211 - 33 39 40

www.CBGnetwork.org

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert.
Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll betragen
(mind. 5 Euro monatlich) Euro im Jahr
Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
- Ja, ich spende Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
Fon/Fax	Konto-Nr.
Bankleitzahl	Geldinstitut
Datum/Unterschrift	Beruf
	Geburtsjahr



Produktion von Nano-Kunststofffolien

zwar wirklich die Leitfähigkeit und Härte von Kunststoffen, aber das tut Ruß bzw. Glasfaser auch - und zwar viel billiger.

„Was zurzeit einer breiten Anwendung im Wege steht, ist der Preis“, meint denn auch Leslaw Mleczo von BAYER INDUSTRY SERVICES. Ob es dem Leverkusener Multi gelingt, ihn durch ein neu entwickeltes kostengünstiges Produktionsverfahren zu senken, bleibt abzuwarten.

In manchen Bereichen gibt es die Nanos sogar schon kostengünstig, was den Multis aber ebenfalls einiges Kopf-

zerbrechen bereitet. Wenn BAYER & Co. sämtliche Fenster der Republik mit Titan-dioxid, dem Nano-Partikel Reinigungskraft

„Die drohen, meinen Ruf zu zerstören, wenn ich offen vor den Gefahren warne“, vertraute ein Wissenschaftler eines großen bundesdeutschen Institutes dem stern an

verleihen, bestücken würden, hätten sie gerade mal eine halbe Million Euro in der

Kasse, rechneten die Chemie-Arbeitgeber in ihren *Blättern für Vorgesetzte* vor. Sie geben den Konzernen deshalb den Rat, sich mehr Glieder der Wertschöpfungskette einzuverleiben und sich z. B. gleich als Fenstermacher zu versuchen.

Welche Entwicklung die Nanotechnologie nehmen wird, ist also noch unklar. Nur über eines besteht kein Zweifel. „Sicher ist heute, dass es ein Risiko-Potenzial gibt“, so Peter Wiedemann vom Forschungszentrum Jülich.

Nano - made by BAYER

- Duftkapseln für Lederwaren
- Farbstoffe aus Nanophosphoren zur medizinischen Diagnostik
- Sauerstoffabweisende Folien für Lebensmittel
- härterer und leitfähigerer Kunststoff mittels Kohlenstoff-Nanoröhrchen
- Nano-Polierpasten zur Glättung von Speicherchips
- Schmutzabweisende Kontaktlinsen (mit PLASMA-CHEM)
- Schmutzabweisende und kratzfeste Windschutzscheiben (mit Leibniz-Institut für Neue Materialien)
- keramische und metallische Nanopulver
- Kooperationsvertrag mit NANOGATE

Die Tageszeitung

junge Welt

6. April 2006 · Nr. 82 · 1,10 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

Gegründet 1947 · **Gutschein für eine starke Linke** 20,-*

Schwere G Parteitag in **3** nach **neue**

Erste Rückkehr Nostalgietrip nach Tschagos; Vertrieben **6** Bewohner dürfen US-Militärbasis Diego Garcia besuchen

Neue Linke Oskar Lafontaine bekräftigt an Privatisierungen unter Forderung und fordert ein Rechtstreik. Uwe Hixsch weist Linkspartei in Berlin den politischen Sackgasse. **Set**

* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

Gutschein

Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Frau Herr

Name/Vorname cbg

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

An den Kosten beteilige ich mich mit 5,50 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von _____ Euro).

Ich beteilige mich nicht an den Kosten.

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Den Coupon schicke bzw. faxe ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44.

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung. **Testen Sie jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich.** Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen*.

Pestizid-Vergiftungen in Indien

Cola mit BAYER-Geschmack



Die spektakulären Pestizid-Funde in indischen COCA-COLA- und PEPSI-COLA-Flaschen erregten auch in Europa Aufsehen. Die alltägliche Vergiftung interessiert die einheimischen und ausländischen Medien aber weniger. Deshalb informierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gemeinsam mit dem CENTRE FOR SUSTAINABLE AGRICULTURE (INDIEN) und PESTICIDE ACTION NETWORK ASIA AND THE PACIFIC (PAN AP, MALAYSIA) über die Hintergrundbelastung auf dem Subkontinent.

Von Philipp Mimkes

Die indische Öffentlichkeit diskutiert kontrovers über die hohe Pestizidbelastung von COCA COLA und PEPSI COLA.

Das Centre for Science and Environment (CSE) fand in der Kaffeebrause Agrochemikalien wie Malathion oder Chlorpyrifos,

das sich auch im BAYER-Angebot befindet. Mehrere Bundesstaaten verhängten daraufhin Verkaufsverbote. Wenig Beach-

tung findet jedoch das weit drängendere Problem akuter – oftmals tödlicher – Pestizidvergiftungen indischer LandarbeiterInnen.

Das indische CENTRE FOR SUSTAINABLE AGRICULTURE (CSA), die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sowie die asiatische Sektion des PESTIZID AKTIONS-NETZWERKS, PAN ASIA AND THE PACIFIC, fordern daher einen sofortigen Verkaufsstopp aller hochgefährlichen Agrochemikalien in Indien.

Kavitha Kuruganti vom CSA: „Multinationale Konzerne wie BAYER, DUPONT und SYNGENTA vermarkten in Indien hochgefährliche Pestizide, die in Europa und den USA schon lange vom Markt genommen wurden. Ein typisches Beispiel doppelter Standards“.

Das CSA hat Dutzende Fälle von Pestizidvergiftungen gesammelt, viele mit tödlichem Ausgang. „Das von BAYER produzierte Agrogift HINOSAN mit dem

„Das von BAYER produzierte Agrogift HINOSAN mit dem Wirkstoff Edifenfos ist beispielsweise für mehrere der von uns dokumentierten Vergiftungen verantwortlich“, führt Kuruganti aus

Wirkstoff Edifenfos ist beispielsweise für mehrere der von uns dokumentierten Vergiftungen verantwortlich“, führt Kuruganti aus.

Das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK hat mit Partnern in vielen asiatischen Ländern dokumentiert, wie Millionen von LandwirtInnen und LandarbeiterInnen in ganz Asien durch Pestizide der Gefahrenklasse I vergiftet werden.

Auch von Wirkstoffen wie Endosulfan und Paraquat, die irrtümlich als „weniger gefährlich“ (Gefahrenklasse II) bezeichnet werden, geht eine große Gefahr aus. „Es ist eine Tragödie, dass Klasse-I-Pestizide sowie Paraquat und Endosulfan weiterhin großflächig eingesetzt werden.“

Unter den im Süden vorherrschenden Arbeitsbedingungen ist die Verwendung dieser Wirkstoffe extrem gefährlich. Wir fordern die Firmen BAYER, weltgrößter Produzent von Endosulfan, und SYNGENTA, Produzent von Paraquat, auf, die Herstellung dieser tödlichen Pestizide sofort einzustellen“, so der PAN-Direktor Sarojeni V. Rengam.

BAYER CROPSCIENCE ist in Indien Marktführer für Agrochemikalien. In

vielen Teilen der Welt verkauft das Unternehmen Pestizide der Gefahrenklasse Ia (extrem gefährlich) und Ib (hoch gefährlich), darunter Thiodicarb, Parathion, Fenamiphos, Azinphos-Methyl und Methamidophos. Philipp Mimkes von der CBG: „Vor zehn Jahren kündigte BAYER an, alle Pestizide der Gefahrenklasse I vom Markt zu nehmen. Dieses Versprechen wurde jedoch nicht eingehalten. Das Unternehmen trägt daher die Verantwortung für die Vergiftung Tausender Landarbeiter Jahr für Jahr.“

Gegenüber deutschen JournalistInnen räumte BAYER ein, dass das Unternehmen in Indien neben Endosulfan auch das Klasse I-Pestizid Hostathion verkauft. Bis zur vergangenen Woche führte die indische homepage von BAYER zudem eine Reihe weiterer Klasse-I-Wirkstoffe auf, darunter Thiodicarb (Larvin), Oxidmeton Methyl (Metasystox), Methamidophos (Tamaron) und Parathion Methyl (Folidol).

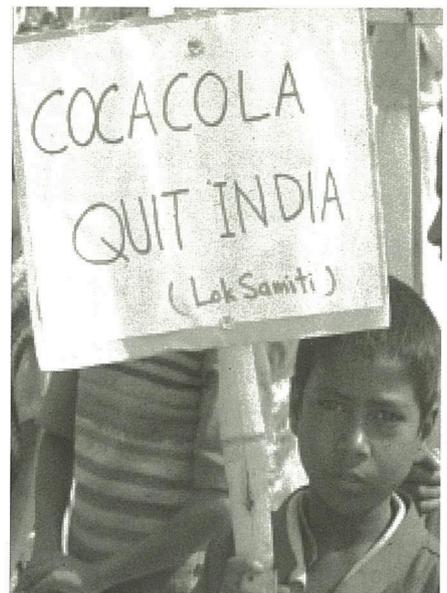
Seit der Veröffentlichung eines Protest-Briefs durch die unterzeichnenden Organisationen ist diese Seite jedoch plötzlich nicht mehr aufrufbar; sie ist neuerdings „under construction“ (die vollständige Liste findet sich rechts).

Nach Auffassung des CENTRE FOR SUSTAINABLE AGRICULTURE, PAN ASIA AND THE PACIFIC sowie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ist eine gefahrlose Anwendung von Pestiziden in Indien nicht möglich. Armut, Analphabetismus und tropisches Klima, das den Einsatz von Schutz-Anzügen nicht erlaubt, führen dazu, dass rund 99 Prozent aller Pestizid-Vergiftungen in Entwicklungsländern auftreten.

Die Organisationen kritisierten in ihrem gemeinsamen Aufruf das skrupellose Marketing der Hersteller, wodurch der Eindruck vermittelt werde, Ackergifte könnten gefahrlos eingesetzt werden.

Sie erinnern auch an den Kodex der Welternährungsorganisation FAO, den sowohl Indien als auch die Agrochemie-Industrie unterzeichnet hat, nach dem Wirkstoffe der Gefahrenklassen I und II nicht in Ländern des Südens vermarktet werden sollen.

Die Gruppen fordern die indische Regierung auf, aggressive Werbung für Pestizide zu verbieten und Haftungsregeln für die Industrie einzuführen, um Vergiftungs-Opfer auf Kosten der Produzenten medizinisch zu behandeln und angemessen zu entschädigen.



Agro-Gifte in Indien

Die auf der indischen homepage von BAYER angebotenen Agrogifte (Stand 16. August 2006):

Antipilz-Mittel

ALLETTE	SHERPA CYPER
ANTRACOL	10EC
BAYCOR	SPARK
BAYLETON	SPINTOR
BILZEB	TAMARON GOLD
DEROSAL	THIODAN

Herbizide

ARELON

ARONIN

ATLANTIS

DRADO

KLASS

POWER ACT

PUMA POWER

RAFT

SENCOR

SUNRICE

TOPSTAR

WHIP SUPER

Umstrittene BAYER-Pipeline

„Es gibt keine dauerhafte Sicherheit“



Der Monheimer Bürgermeister Thomas Dünchheim gehört zu den Pipeline-Gegnern

Der Leverkusener Multi will hochgiftiges Kohlenmonoxid per unterirdischer Pipeline von seinem Dormagener Werk zum Standort Krefeld leiten. Die auf der 67 Kilometer langen Strecke liegenden Kommunen sind davon ebenso wenig begeistert wie private GrundstücksbesitzerInnen und Umweltverbände. Deshalb reichten sie bei der Bezirksregierung in Düsseldorf Einwendungen gegen das Projekt ein.

Von Jan Pehrke

„Wenn hier etwas passiert, ist halb Hilden platt“, sagte ein für den Katastrophenschutz zuständiger Feuerwehrmann

laut *Express* auf einer Informationsveranstaltung über die Gefahren, die von BAY-ERS geplanter Pipeline zum Transport von

Propylen und Kohlenmonoxid (CO) ausgehen. Entstände nämlich ein Leck am Röhrensystem, so könnte das Propylen

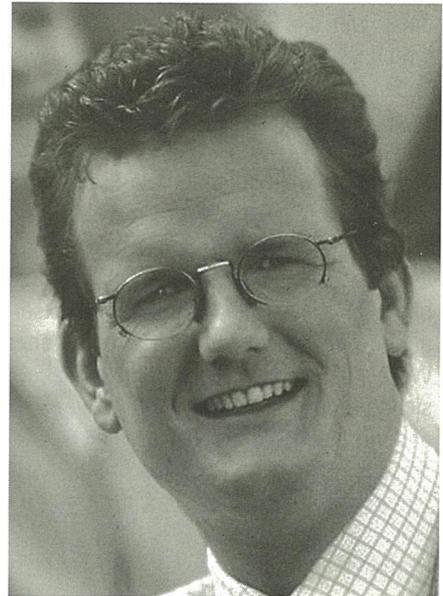
explodieren und das Gas Atemstörungen, Herzklopfen oder sogar Kreislaufkollaps auslösen. Und das ist alles andere als unwahrscheinlich: Defekte an Leitungen gehören beim Leverkusener Multi mit zu den häufigsten Unfallursachen. Genügend Vorkehrungen zur Verhinderung eines solchen GAUs hat der Konzern bei weitem nicht getroffen. So will er bei der 67 Kilometer langen Pipeline nur alle 10 Kilometer Sicherheitsschieber zum Abdichten der Röhren einbauen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass ein Bagger bei Erdarbeiten auf die bloß 1,40 Meter unter der Erde verlaufenden Leitungen stößt. Da diese im Bereich der A3 teilweise auch überirdisch geführt werden, besteht zudem das Risiko der Beschädigung durch Auto-unfälle.

In weiser Voraussicht um die Problematik des Baus hat der Chemie-Verband „ChemCologne“ die VertreterInnen der betroffenen Kommunen deshalb im Juni zu einer Informationsveranstaltung nach Leverkusen eingeladen, die in BAYERs Kommunikationszentrum „BayKomm“ stattfand. Dort herrschte nach ChemCologne-Angaben eitel Sonnenschein. Der Lobbyclub schwärmte über die „harmonische Atmosphäre“ und frohlockte: „Das

„gute Klima“ unter den Beteiligten kann sicherlich bei den weiteren Vorbereitungen und während der Bauphase helfen, auch mögliche Konflikte in sachlicher und kooperativer Weise zu überwinden.“ Da täuschten sich BAYER & Co. aber. Entlang des ganzen Streckenverlaufes, der von Dormagen aus über Monheim, Langenfeld, Hellerhof, Hilden, Mettmann, Ratingen und Duisburg nach Krefeld führt, regt sich Protest. PolitikerInnen der Linkspartei bzw. der DKP haben in Gerresheim, Ratingen und Düsseldorf Anfragen zur Sicherheitslage an die jeweiligen Verwaltungen gestellt. Erkraths Technischer Dezernent Klaus-Dieter Holst warnt: „Es gibt keine

Das Land NRW hat sich mit einer „Lex BAYER“ schon mal im Vorhinein die Möglichkeit zu Enteignungen verschafft

dauerhafte Sicherung, wenn aus der Leitung Gas sickert“. Der städtische SPD-Bezirksvorsteher Arno hat ebenfalls Bedenken geäußert und mehr Informationen über die „Gift-Röhre“ (*Express*) gefordert. Und Monheims Bürgermeister Thomas Dünchheim macht vor allem der nahe an Wohngebieten vorbeiführende Weg



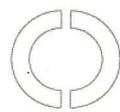
Thomas Dünchheim

der Pipeline Sorge. „Im Falle einer Störung wäre das ein erhebliches Gesundheitsrisiko für die Anwohner“, meint er.

Viele Kommunen, aber auch private Grundstückseigentümer und Umweltverbände haben deshalb bei der Bezirksregierung in Düsseldorf Einwendungen gegen das Bauvorhaben eingereicht. Über





ProSolidar 

Leben statt Profit

Coupon:

Geben Sie den Solidarinteressen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schickt mir Unterlagen zu.

Bitte ausfüllen und uns zusenden:

Geld & Konzerne

Im üblichen Geldkreislauf landet das Ersparte bei Konzernen und Banken. Und finanziert dort Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Kriege.

ProSolidar fördert Konzernkritik und Widerstand gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net

diese will die Behörde bis Oktober 2006 befinden. Sollte sie BAYER grünes Licht geben, besteht jedoch noch die Möglichkeit, gegen die Entscheidung Klage zu erheben.

Trotz des schwebenden Verfahrens machte sich der Leverkusener Multi in Monheim schon mal daran, mit ersten Vorbereitungen zur Pipeline-Errichtung zu beginnen. Bei Arbeiten an einem werkseitigen Brunnen, der das Dormagener Werk mit Wasser versorgen soll, beabsichtigte der Gen-Gigant, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen und zum Transport von Kohlenmonoxid und Propylen vorgesehene Rohre gleich mitzuverlegen. Zu diesem Zweck beantragte das Unternehmen auch die Öffnung des Leitdeiches. Der Bürgermeister tobte: „Der Konzern will nach Gutsherrenart mit Blick

auf eine unserer Meinung nach ungenügend gesicherte CO-Leitung vollendete Tatsachen schaffen“. Die Stadt ließ sich das nicht gefallen und reichte eine einstweilige Verfügung ein. BAYER ruderte zurück und beteuerte, nie geplant zu haben, den Deich anzurühren. Erst als die Stadtverwaltung das schriftlich hatte, zog sie die Einstweilige Verfügung zurück. Nichtsdestotrotz erwägt sie aber eine

„Der Konzern will nach Gutsherrenart mit Blick auf eine unserer Meinung nach ungenügend gesicherte CO-Leitung vollendete Tatsachen schaffen“, so Monheims Bürgermeister Thomas Dünchheim

weilige Verfügung ein. BAYER ruderte zurück und beteuerte, nie geplant zu haben, den Deich anzurühren. Erst als die Stadtverwaltung das schriftlich hatte, zog sie die Einstweilige Verfügung zurück. Nichtsdestotrotz erwägt sie aber eine

Klage gegen den Bau der Pipeline.

Der Pharma-Riese verwahrt sich gegen Kritik an seinen Plänen und verweist auf die angeblich seit fünf Jahren störungsfrei betriebene - allerdings 57 Kilometer kürzere - CO-Pipeline zwischen Leverkusen und Dormagen. Zudem setzt er auf seine Kontakte zur Politik, um seine Absichten zu verfolgen. Da die avisierten Leitungen teilweise durch Privatgrundstücke gehen, hat sich das Land NRW mit einer „Lex BAYER“ schon mal im Vorhinein die Möglichkeit zu Enteignungen verschafft. Auch viele PolitikerInnen stehen dem Konzern zur Seite. So äußerten sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe, der Dormagener CDU-Lokalpolitiker Norbert Dahmen und der CDU-Landtagsabgeordnete Karl Kress bei einem Besuch bei BAYER zustimmend zur Rohrleitungsanlage. „Eine gute Nachricht für beide Standorte“, befanden sie unisono. Karl Kress bezeichnete die Pipeline darüber hinaus „für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Dormagen von herausragender Bedeutung“. Sein Votum verwundert nicht. Karl Kress war nämlich Laborleiter bei BAYER-Faser und lässt sein Beschäftigungsverhältnis seit 2002 mit der passiven Phase der Altersteilzeit ausklingen. Im Zuge des Skandals um den auf RWE-Ticket Politik machenden Lorenz Meyer flogen auch Karl Kress Beziehungen zu BAYER auf (SWB 1/05), was ihn offenbar aber nicht davon abhielt, seinem ehemaligen Arbeitgeber weiter treu zu dienen zu stehen.

Mit dem von ihm angeführten Arbeitsplatz-Argument versucht auch der Leverkusener Multi, Druck auszuüben. Ohne optimale Gas-Versorgung hat das Uerdinger Werk keine Zukunft, verlautet aus der Konzern-Zentrale. Im Falle einer Nichtgenehmigung müsse man sich genau überlegen, wo man Kapazitäten ausbaut, droht Werner Breuer von BAYER MATERIAL SCIENCE. Es könnte also ein heißer Herbst werden.

**Raubbau, Terror und Vertreibung
für geschmeidige Taschentücher!**

Armut [®]

**Wollen Sie mehr wissen?
Wir informieren Sie gern!**

Bitte melden Sie sich!

0421 / 59 82 88

ROBIN WOOD

**wissen@robinwood.de www.robinwood.de
ROBIN WOOD • Langemarckstr. 210 • 28199 Bremen**

**Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.**



www.CBGnetwork.org



An Geschenke danken!

DANKE!!

Gegen einen der größten multinationalen Konzerne der Welt anzutreten erfordert Kraft. Auch finanzielle Kraft. Namhafte KünstlerInnen haben sich Gedanken gemacht, wie sie die chronische Finanzkrise der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) lindern können. Hier ihre Ideen. Ein kämpferisches Dankeschön für diese großartige Unterstützung!

Jetzt sind Sie dran. Nutzen Sie die Angebote für Ihren konzernkritischen Alltag. Je zahlreicher Sie bestellen, desto größer die Hilfe für unsere Finanzen und damit unsere konzernkritische Arbeit.



Mit dieser Uhr weiß mensch, was die Stunde geschlagen hat. Einer der namhaften Künstler Deutschlands, hat sie für uns gestaltet. Klaus Klinger.



Kunst-Sammel-Uhr „Der Kampf geht weiter!“ limitiert, rückseitig mit Gravurstift handsigniert und datiert. Bestell-Nr. 7 000 030 nur 58,00 Euro

Diese T-Shirts bekennen Farbe. Gestaltet von italienischen Designern. Gegen den BAYER-Konzern für eine umweltverträgliche Chemie.



Weg mit BAYER-Chemie!

BAYER T-Shirts Top-Qualität, aus Baumwolle

Leuchtend gelb, Größe S., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 014

Leuchtend gelb, Größe M., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 015

Gelb

Leuchtend gelb, Größe L., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 016

Leuchtend gelb, Größe XL., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 017

Lila

Lila, Größe S., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 018

Lila, Größe M., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 019

Lila, Größe L., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 020

Lila, Größe XL., 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 021

Gefahr zu keiner Zeit!

Karikatur auf Kunstdruckpapier matt, ca. 29,7 x 42 cm, limitierte Auflage 100 Exemplare, handsigniert. Bestell-Nr. 7 000 036 38,00 Euro



So wird Kaffee- oder Tee-trinken ein noch größerer Genuss. Gestaltet von einem der der ganz großen Karikaturisten Deutschlands, von Berndt A. Skott.

Gefahr zu keiner Zeit!

Kaffeebecher aus Porzellan. Bestell-Nr. 7 000 035 8,50 Euro

Und weil die Karikatur auf der Tasse so Klasse ist, gibt es sie auch als hochwertigen Kunstdruck in limitierter Auflage, handsigniert.



Ich/wir bestelle/n

Coupon-Bestellung per Fax an 0211 - 26 11 220

www.CBGnetwork.org

Per Post an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
Fon (0)211- 26 11 210, Fax (0)211-26 11 220, eMail bestellung@j5a.net

Bestell-Coupon

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel/Objektname	Einzelpreis	Gesamt	Bitte ausfüllen:	Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von:
					Vorname	Bank
					Name	BLZ
					Straße, Haus-Nr.	Kto.-Nr.
					PLZ, Ort	Datum, Unterschrift
					eMail	Alter

Versand Inland ab 100 € kostenfrei (Ausl. je nach Kosten) 2,50 €

Gesamtbetrag ▶ _____

Unterschrift nicht vergessen!

Die mageren Jahren sind vorbei:

BAYER & Co. machen NRW-Umweltpolitik



Der NRW-Umweltminister zu Gast bei der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in Sachen „Umweltpolitik“ einen „neuen Stil“ im Umgang mit den Konzernen angekündigt. Der alte Umgangston war zwar auch schon freundlich, aber jetzt soll es im Land noch netter zugehen. Der neue Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat einen „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ ins Leben gerufen, bei dem BAYER ein gehöriges Wort mitredet, während Naturschutz-Belange keinen Fürsprecher haben.

Von Jan Pehrke

„Es gab immer ein Spannungsverhältnis zwischen Umweltschutz und Wirtschaft“, blickte der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) in seiner Rede vor der Düsseldorfer „Industrie- und Handelskammer“ auf die Politik seiner Vorgängerin Bärbel Höhn zurück und kündigte eine neue Entspannungspolitik an. Er setzt auf Kooperation

statt auf Konfrontation, auf freiwillige Vereinbarungen statt auf Ordnungsrecht und Gesetze und auf beschleunigte Genehmigungsverfahren statt auf „Regulierungswut“. „Wir müssen mehr für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft tun, damit sie die hohen Umweltstandards auch weiterhin halten kann“, meinte der CDU-Politiker. Umweltschutz als Luxusar-

tikel, den BAYER & Co. sich ab und zu mal gönnen, wenn das Geschäft besonders floriert, darauf läuft die „mit marktwirtschaftlichen Instrumenten“ betriebene schwarz-gelbe Umweltpolitik hinaus. Das ist umso fataler, als von „hohen Umweltstandards“ im Lande wahrlich nicht gesprochen werden kann. Entsprechend begeistert reagierten BAYERS Bernward

Garthoff, seine Kollegen von HENKEL, PROVINZIAL, THYSSEN und die Vertreter des „Verbandes der Chemischen Industrie“ im Auditorium. „Ich freue mich sehr über ihre Bemerkung ‚man muss mehr für die Wettbewerbsfähigkeit tun‘, klopfte der als Moderator fungierende DEGUSSA-Mann Jochen Rudolph Uhlenberg auf die Schulter.

Auch an der bisherigen Bilanz des CDUlers gibt es für BAYER & Co. nichts auszusetzen. Uhlenberg kämpfte wacker gegen Windkraftträder, „entschlackte“ die Bundesimmissionsschutzverordnung auf dem kleinen Dienstweg und bekannte sich klar zur grünen Gentechnik. Bei umweltpolitischen Vorgaben aus Brüssel macht er Dienst nach Vorschrift und setzt Richtlinien nur noch 1:1 um. Im Falle des Chemikaliengesetzes REACH erreichte sein Ministerkollege Michael Breuer durch zahlreiche Interventionen sogar erhebliche Aufweichungen. Zudem brachte der Umweltminister ein Landschaftsgesetz auf den Weg, das Eingriffe in die Natur erleichtert, den Schutz von Biotopen einschränkt und das Klagerecht von Umweltverbänden beschneidet. Die Grünen haben Uhlenberg deshalb schon einen „Abbruchunternehmer für den

Naturschutz“ genannt. Schließlich leitete der NRW-Umweltminister eine Verwaltungs-„reform“ ein. Er hob die Selbstständigkeit der Umweltämter auf, schlug sie den Bezirksregierungen zu und löste das Landesamt für Ökologie, Bodenschutz und Forsten sowie das Landesumweltamt auf. Darüber hinaus schaffte der Politiker systematische Kontrollen im Lebensmit-

Den Arbeitskreis „Gewässerschutz“ leitet mit Frank Andreas Schendel ein BAYER-Mann

telsektor ab und zentralisierte Genehmigungsverfahren. Allein von dem Kahlshalg im vermeintlichen „Zuständigkeitsdschungel“ erwartet der Umweltminister einen größeren Innovationsschub, als ihn ein Investitionsprogramm auslösen könnte. Erstes Opfer der umweltpolitischen Wirtschaftsförderung sind die MitarbeiterInnen der einzelnen Ressorts, bis zu 800 Arbeitsplätze fallen im Umweltbereich des Landes weg.

Als reichte dies alles noch nicht, hielt der Umweltminister für die bei der IHK versammelte Manager-Mannschaft noch ein paar zusätzliche Schmankerl bereit. Er stellte ihnen die Abschaffung des Was-

Solidarität

gegen

Konzernwillkür.

Informationen zu
Testament und Vermächtnis

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Axel Köhler-Schnura, Postfach 1504 18
40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220
eMailCBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Fon/Fax/E-Mail _____



An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen, desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

- Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft
- Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

**Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 1504 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com**

Name/Vorname: _____
 Adresse: _____
 Bank: _____
 BLZ: _____ Kontonummer: _____
 Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
23. Jahrgang

Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieber:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei
BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.de
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-,
Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrild Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sille/Theologin/Hamburg (+ 2003)

sercents in Aussicht, sicherte weitere Erleichterungen beim Emissionshandel zu und sprach sich für verlängerte AKW-Laufzeiten aus. Auch den weiteren Ausbaus des Rheins, der für Jochen Rudolph bloß eine „Wasser-Autobahn“ ist, befürwortete der Landwirt. Darüber hinaus versprach er, Angela Merkel dafür zu gewinnen, sich bei der EU für die Möglichkeit

Die Grünen haben Uhlenberg einen**„Abbruchunternehmer für den Naturschutz“ genannt**

einer flexibleren Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu verwenden, nach der die Bundesländer eine bestimmte Anzahl von Flächen als Naturschutzgebiete ausweisen müssen.

Zur ideologischen Verpackung der Konzern-Beglückung bediente er sich geschickt grassierender Ressentiments gegen „Regulierungswut“ im Besonderen und den so genannten Amtsschimmel im Allgemeinen. „Umweltschutz darf nicht mehr allein Sache des Staates sein“, lautete seine Devise, und „Politik mit dem Bürger“ nannte er, was de facto „Politik mit BAYER & Co.“ ist.

Einen offiziellen Charakter hat Eckhard Uhlenberg diesem Schulterchluss bereits am 14. Juni des Jahres verliehen. An diesem Tag unterzeichneten der BAYER-Vorstand Wolfgang Plitschke, andere Unternehmensvertreter, Uhlenberg und die Wirtschaftsministerin Christa Thoben die Vereinbarung „Dialog Wirtschaft und Umwelt“. „Die Dialogpartner sind überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Innovation und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe einer zuverlässigen Kooperation von Staat und Wirtschaft besser erreicht werden können als nur durch staatliches Regulieren“, heißt es darin unter anderem. Das „Gemeinsam sind wir stark“ sollen als erstes Berlin und Brüssel zu spüren bekommen. Die unheilige Allianz will industriepolitische Interessen made in NRW bei Bundesregierung und EU künftig gemeinsam vertreten, „damit wir dort ernster als bisher genommen werden“, wie Thoben bekundete. Zur Abstimmung der Arbeit hat sich ein Koordinierungskreis auf Staatssekretär- und Geschäftsführer-Ebene gebildet, und zur Praxis schreiten die Dialogisten auch schon recht bald. Sie gaben die Gründung von Arbeitskreisen zu Immissionschutz, Abfall/Bodenschutz, Ressourceneffizienz und Gewässerschutz bekannt, in deren

Hand künftig wohl ein guter Teil der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik liegt. Die Gruppe zum Gewässerschutz leitet mit Frank Andreas Schendel ein BAYER-Mann, womit mal wieder ein Bock zum Gärtner wird. Allein das Leverkusener Werk verbraucht nämlich mehr Wasser als die ganze Stadt Köln und verunreinigt mit seinen Einleitungen den Rhein und andere Flüsse massiv. Nicht umsonst wehrte der Konzern sich sogar gerichtlich dagegen, dem Land Nordrhein-Westfalen eine Fernabfrage der Emissionen per Daten-Highway zu ermöglichen und verweigert der Initiative VSR GEWÄSSERSCHUTZ Einblick in seine Abwasserfrachten. Zudem betreibt der Pharmariese in Leverkusen-Bürrig noch ein Gemeinschaftskläwerk. Die rot-grüne Landesregierung wollte diese Art der Abwasserbehandlung eigentlich nicht mehr erlauben, da industrielles Schmutzwasser nach einer ganz anderen Aufbereitungstechnologie verlangt als kommunales, erteilte BAYER aber eine Ausnahmegenehmigung. So konnte die Anlage unlängst ihren 40. Geburtstag begehen. Und zu dem aus diesem unfeierlichen Anlass veranstalteten Symposium gab Uhlenberg per Grußwort seinen Segen. So schließt sich der Kreis.

Von *Stichwort BAYER* im Anschluss an seine IHK-Vortrag zur Rede gestellt, ob der jüngste Skandal um die Perfluorierenden Tenside (PFT) im Rhein nicht eher dafür spräche, die Kontrolldichte zu erhöhen, statt Arbeitsplätze im Umweltbereich abzubauen und auf Kooperationen mit Konzernen wie BAYER zu setzen, deren Sündenregister in puncto Wasserverschmutzung lang ist, wich der Umweltminister aus. Er äußerte sich nur zu den Stellenstreichungen. „Es kann keine Rede davon sein, dass die Neustrukturierung der Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen und der Abbau von Arbeitsplätzen im Verwaltungsbereich und nicht im Vollzugsbereich dazu führt, dass Umweltstandards in Nordrhein-Westfalen gesenkt werden und von daher die

Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.

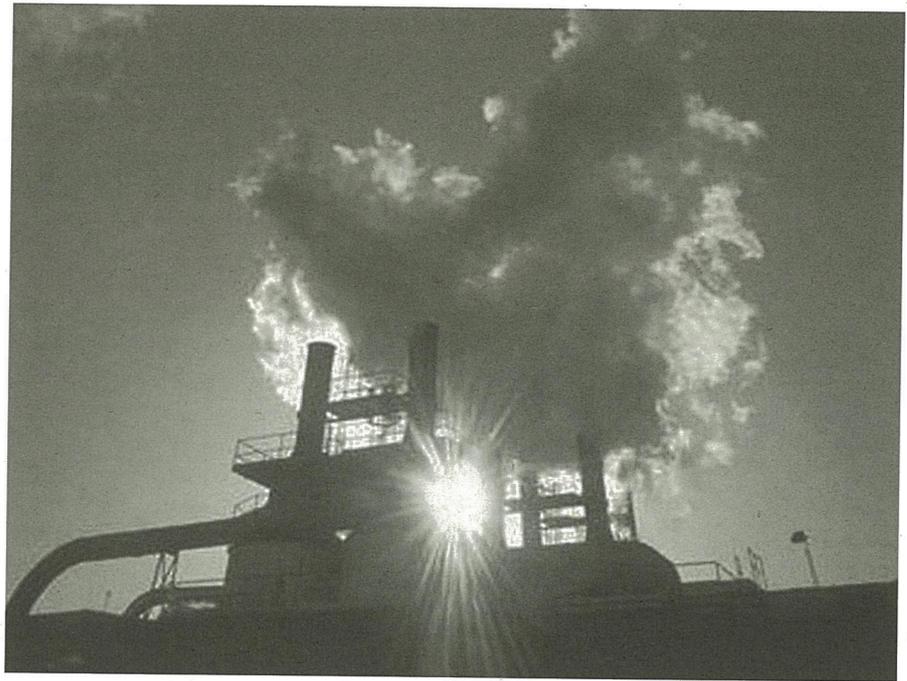


www.CBGnetwork.org

Umweltpolitik eine geringere Bedeutung hat", so der Minister. Sein Krisenmanagement beim PFT-Skandal zeigte aber genau dies. Nach Ansicht des Grünen-Politikers Johannes Rimmel leitete die Landesregierung nämlich nicht die nötigen Maßnahmen ein. „Man muss annehmen, dass sie es mit Vorsatz tut“, kritisierte er. Rimmel forderte eine Kommunalkonferenz „Sauberes Trinkwasser“ und warf Uhlenberg vor, den Versorgern in den betroffenen Gebieten nicht die Wasserentnahme-Erlaubnis entzogen zu haben und sie nicht in die Pflicht zu nehmen, in eine bessere Filtertechnik zu investieren. Dabei konnte

„Ich freue mich sehr über ihre Bemerkung ‚man muss mehr für die Wettbewerbsfähigkeit tun‘, klopfte der als Moderator fungierende DEGUSSA-Mann Jochen Rudolph Uhlenberg auf die Schulter

er bis vor kurzem sogar noch auf einen Verbündeten in Uhlenbergs Ministerium setzen, aber der Umweltpolizist verlor seinen Job - seiner Darstellung nach eben wegen seiner kompromisslosen Ansichten für ein die Unternehmen Milliarden kostendes neues Filtersystem. Das weist sein ehemaliger Arbeitgeber natürlich entschieden zurück. Was Uhlenberg kundtat, als er Gebiete, die eigentlich zum Schutz vor Überschwemmungen dienen sollten, wieder für die landwirtschaftliche Nutzung freigab - „Ein Restrisiko bleibt



immer“ - scheint auch seine Haltung in Sachen „Rhein“ zu bestimmen.

Aber nicht nur die Umwelt nimmt durch die Kooperation Uhlenbergs mit den Konzernen Schaden, sondern auch die Demokratie. Durch sie macht die Landesregierung nämlich eine Politik vorbei an den eigentlich dafür vorgesehenen Institutionen wie dem Landtag, mit Akteuren, die weder das Mandat der WählerInnen haben noch sich vor ihnen verantworten müssen, und entzieht sie darüber hinaus noch den Blicken der Öffentlichkeit. Der Leverkusener Multi hat zwar auch mit den vorhergehenden Landesregierungen nie große Probleme gehabt, konnte immer auf

Geleitschutz aus Düsseldorf zählen, wenn es z. B. galt, dem in Sachen „Holzschutzmittel“ allzu engagiert ermittelnden Staatsanwalt Erich Schöndorff das Leben ein wenig schwerer zu machen und musste nur selten ein Machtwort sprechen wie im Fall des ehemaligen Umweltministers Klaus Matthiesen, der BAYER als „Brunnenvergifter“ bezeichnet hatte, aber mit dem „Dialog“ ist doch eine neue Stufe der Zusammenarbeit erreicht. Aus diesen Gründen wird die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gemeinsam mit Bündnispartnern alles tun, um es der Kuschelrunde ein wenig ungemütlicher zu machen.

CBG bei der Arbeit

Allein unter ManagerInnen

Am 14. August 2006 lud die Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer den nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg ein, über die „Die neue Umweltpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen“ zu referieren. Was die ManagerInnen von ihm zu hören bekamen, erfreute sie sehr: weniger Umweltbehörden, weniger Umweltfachleute in den Behörden, weniger Kontrollen,



weniger EU-Vorschriften und dafür mehr Selbstverpflichtungen, mehr Atomkraft und mehr grüne Gentechnik. Außer einem wackeren Agenda 21-Vertreter störte nur noch der *Stichwort-BAYER*-Redakteur die traute Eintracht. Er wagte zu fragen, ob der jüngste Skandal um die Perfluorierenden Tenside (PFT) im Rhein nicht eher dafür spräche, die Kontrollen zu erhöhen, statt UmweltpolizistInnen zu entlassen und auf Kooperationen mit BAYER zu setzen. Uhlenberg wich aus und äußerte sich nur zu dem Aspekt der Stellenstreichungen, die seiner Meinung nach nicht zu einer Schwächung des Umweltschutzes im Lande führen würden. Nach diesen Misstönen ging der Saal schnell wieder zur Tagesordnung über. „Im Gegensatz zu den beiden letzten Diskussionsrunden waren Ihre Ausführungen zum Thema „Entbürokratisierung, freiwillige Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und der Behörde für mich Musik in den Ohren“, klopfte der ehemalige HENKEL-Mann Heinz Günter Nösler dem Umweltminister auf die Schulter.

Unternehmenssteuerreform:

BAYER & Co. sahen ab



„Da muss doch noch irgendwo eine Milliarde mehr für BAYER drin sein.“

Nach der Unternehmenssteuerreform ist vor der Unternehmenssteuerreform: Obwohl das von BAYERs ehemaligem Finanzchef Heribert Zitzelsberger im Jahr 2001 konzipierte Gesetzeswerk trotz Milliarden-Entlastungen für die Konzerne keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat, will Peer Steinbrück jetzt noch einmal nachlegen.

Von Jan Pehrke

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte die Bundesrepublik vor einiger Zeit zu einem „Sanierungsfall“. Allerdings reicht das Geld noch, um diejenigen zu sanieren, die es am wenigsten nötig haben: die großen Konzerne. Peer Steinbrück will die durchschnittliche Abgabenlast der Unternehmen von 39 auf 29 Prozent senken und ihnen so sechs bis zehn Milliarden Euro schenken. Als ein „klares Signal“ für Investitionen, ohne die keine Arbeitsplätze entstünden, bezeichnet einer seiner Mitarbeiter diese Maßnahme. Ein ebenso deutliches Zeichen hatten die PolitikerInnen im Jahr 2001 von der letzten großen Schenkungsaktion erwartet, die unter der Federführung von BAYERs ehemaligem Finanzchef Heribert Zitzelsberger entstand. Aber die Unternehmen verstanden es nicht und zeigten sich undankbar. Sie trieben vom Fiskus zwar sofort die sogar rückwirkend geltenden Ermäßigungen ein, als sie 2002 über Los kamen - allein BAYER erhielt 250 Millionen Euro Körperschaftssteuer zurück - und freuten sich über die neuen Tarife, schufen aber keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Die neuerliche „Reform“ also wieder mit dem Job-Argument zu begründen, stellt eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit dar.

Schon der Anlass ist fingiert. Im europäischen Vergleich liegt der bundesdeutsche Steuersatz von 40 Prozent zwar tatsächlich im Spitzenbereich - allein: Es zahlt ihn keiner! Nach einer Untersuchung des DGB beträgt die durchschnittliche Belastung von BAYER & Co. gerade mal 15 bis 20 Prozent. Die Konzerne beherrschen die Kunst, sich arm zu rechnen, nämlich meisterhaft. Zwischen dem tatsächlich erwirtschafteten und dem versteuerten Plus klafft eine Riesenslücke. Das Bundesfinanzministerium ermittelte zwischen den in der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ ausgewiesenen und den den Finanzämtern angegebenen Gewinnen eine Differenz von 65 Milliarden Euro. Bei den so genannten „Gewinnen vor Steuern“ handelt es sich deshalb nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Lorenz Jarass nur um „eine fiktive Größe“. Auch die realen Erträge konnten die BeamtInnen nicht genau ermitteln. Dem Staat, der sonst mit Bienenfleiß alle möglichen Daten der BürgerInnen zusammenträgt, fehlt hier verlässliches Zahlenmaterial. Als die EU Angaben zur Steuersituation in der Bundesrepublik abforderte, sahen sich die Behörden noch nicht einmal in der Lage, verlässliche

Schätzungen über die von den Unternehmen eingefahrene Ernte zu liefern.

Um Steuer-Fiktion und -Wirklichkeit einander wieder ein wenig anzugleichen, will Steinbrück im Gegenzug zu den Entlastungen einige Steuerschlupflöcher schließen und auf diese Weise die Kosten der „Reform“ für den Staat auf sechs Milliarden Euro begrenzen. Allein drei Milliarden Euro an Rückflüssen erhofft er sich davon, Schuldzinsen und Leasinggebühren künftig teilweise gewerbesteuerpflichtig zu machen. Die Unternehmen haben in der Vergangenheit nämlich ihren Eigenkapitalanteil kräftig heruntergefahren und Investitionen durch Geld finanziert, das sie sich bei Banken oder eigenen Tochterunternehmen im Ausland geliehen haben. Die dafür nötigen Zinszahlungen haben sie dann in der Bundesrepublik von ihren Gewinnen abgezogen. Was Steinbrück „Verschiebebahnhöfe“ nennt, heißt im Fachjargon „Verlust von Steuersubstrat

Das Bundesfinanzministerium ermittelte zwischen den in der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ ausgewiesenen und den den Finanzämtern angegebenen Gewinnen eine Differenz von 65 Milliarden Euro

durch Fremdfinanzierung“. Der Leverkusener Multi, dessen Eigenkapitalanteil vom 1999er-Höchststand „48,5 Prozent“ auf 30,4 Prozent im letzten Geschäftsjahr schrumpfte, konnte seine Steuerlast durch 341 Millionen Euro an Zinsverpflichtungen drücken.

Deshalb laufen die Multis auch Sturm gegen die so genannte Substanzbesteuerung. Die Finanzvorstände von BAYER und anderen Unternehmen schrieben in der Sache einen Brandbrief an Peer Steinbrück. BDI-Präsident Jürgen Thumann sprach derweil im Juni bei Angela Merkel vor und meldete anschließend Vollzug. Die Substanzbesteuerung sei so gut wie vom Tisch, teilte Thumann nach dem Gespräch der Presse mit. Und Angela Merkel sprach wenig später Klartext: „Ich halte es für äußerst problematisch, wenn die Körperschaftssteuer gewinnunabhängige Elemente enthält“.

Auch mit anderen Posten von Steinbrücks Gegenfinanzierungsmodell sieht es nicht allzu gut aus. Als reinen „Hoffnungswert“ bezeichnete die Zeit die 3,5 Milliarden, die der Finanzminister durch die „Repatriierung“ bislang im Ausland



versteuerten Einnahmen eingeplant hat. Aus diesem Grund wird für BAYER & Co. wohl ein wenig mehr abfallen als die vom Finanzministerium veranschlagten sechs Milliarden. Die Bundeskanzlerin spricht jedenfalls vorsorglich schon von bis zu zehn Milliarden.

Bis in die CDU hinein erhebt sich Protest gegen das Vorhaben. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bezeichnete es als Lebenlüge der CDU, an die arbeitsplatzschaffende Wirkung von Unternehmenssteuersenkungen zu glauben. Und der SPD-Politiker Florian Prohold mahnte, es dürfe nicht sein, dass „den Unternehmen die Sparopfer der Steuerzahler in den Hintern geschoben werden.“ Zehn sozialdemokratische Landtagsfraktionen teilten Steinbrück ihre Ablehnung seiner Reformpläne schriftlich mit. Sogar die EU erhebt Bedenken. Nach der Rechnung von Währungskommissar Joaquin Almunia gefährden die an die großen Kapitalgesellschaften verteilten Wohltaten die Einhaltung des Stabilitätspakts, zu der sich die Bundesrepublik vertraglich verpflichtet hat.

BAYER & Co. hätten hingegen gern noch ein wenig Nachschlag. Ihre Wunschliste reicht von der attraktiveren Besteuerung von Gewinnen und Verlusten innerhalb einer Unternehmensgruppe bis zur völligen Abschaffung der Gewerbesteuer.

Staatsanwaltschaft Köln macht Unrecht zu Recht

„Unternehmen werden zu Preisabsprachen ermutigt“



BAYER-Kunststoffanlage in Baytown, Texas

Kurz vor der diesjährigen Hauptversammlung der BAYER AG am 28. April reichte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bei der Kölner Staatsanwaltschaft eine Klage gegen den Konzern wegen Kartell-Bildung ein. Anfang Juni wiesen die RichterInnen sie in der ersten Instanz ab, wogegen die CBG Beschwerde einreichte.

Von Philipp Mimkes und Axel Köhler-Schnura

Preisabsprachen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des BAYER-Konzerns. Schon Firmenchef Carl

Duisberg erkannte 1905 den Vorteil solcher „Frühstückskartelle“ für die Sicherung der Konzernprofite und adelte sie in

bis heute einzigartiger Weise mit dem Zusammenschluss der gesamten deutschen Chemieindustrie in einer einzigen

„Interessengemeinschaft“ - der IG FAR-BEN. Dieses Super-Kartell endete 1949 mit den Schuldsprüchen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals.

Doch auch heute gehören Kartelle zur Geschäftspraxis des Konzerns. Allein in den vergangenen Jahren wurde Bayer rund zehnmals bei illegalen Absprachen mit der Konkurrenz erwischt. Ob beim Verkauf von Zitronensäure, Kautschuk oder Diabetestests - stets sprachen die beteiligten Firmen Preise und Verkaufquoten bis auf's Prozent genau ab. 275 Mio. Euro stellte die Firma deshalb allein im vergangenen Jahr für Kartellstrafen zurück.

Kartelle dienen der Sicherung von Monopolprofiten, also von Gewinnen, welche die sonst üblichen Margen überschreiten. Für ein paar Euro mehr scheuen die Konzerne dabei nicht einmal davor zurück, sich über die kapitalistischen Spielregeln vom freien Spiel der Kräfte zwischen Angebot und Nachfrage hinwegzusetzen. Den Schaden müssen in erster Linie die VerbraucherInnen tragen, die über die überhöhten Preise die Extra-Profiten der Kartell-Beteiligten finanzieren.

Die CBG, die den Konzern seit 1978 international beobachtet, geht davon aus, dass die meisten Kartelle unentdeckt blei-

ben. Axel Köhler-Schnura, Wirtschaftswissenschaftler und Vorstandsmitglied der Coordination: „Die Vorstände von BAYER haben in den Nürnberger Prozessen keinerlei Reue gezeigt. Sie haben wohl aber gelernt, ihre Handlungen weiter zu verschleiern, damit nie wieder Tonnen bela-



EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes

stender Materialien in die Hände von Staatsanwälten fallen.“ Aufgrund des Konzentrationsprozesses werden die Absprachen in vielen Branchen zudem immer einfacher.

Der BAYER-Vorstand zeigt sich von im eigenen Hause gebildeten Kartellen regelmäßig basserstaut. Es ist jedoch undenkbar, dass Entscheidungen, bei denen es um Milliarden geht, ohne Wissen der

Konzernleitung getroffen werden. Deshalb erstattete die CBG am 28. April, dem Tag der BAYER-Hauptversammlung, Strafanzeige gegen den Vorstandsvorsitzenden Werner Wenning und weitere Führungskräfte des Unternehmens. In der Versammlung forderten Sprecher der CBG vor 7.000 AktionärInnen, der Konzernleitung das Mißtrauen auszusprechen und den Vorstand zu entlassen.

Da Preisabsprachen in Deutschland - im Gegensatz zu vielen Staaten der Welt und auch zur EU - keinen Straftatbestand darstellen und Kartelle nur nach Wettbewerbsrecht verfolgt werden, musste der Verein einen juristischen Umweg nehmen: Mit Bezug auf die notwendig gewordenen hohen Rückstellungen für Kartellstrafen zeigte die CBG den BAYER-Vorstand wegen Veruntreuung an.

Die Staatsanwaltschaft Köln lehnte Anfang Juni die Einleitung eines Strafverfahrens ab. Die Begründung ist skandalös, da sie Unrecht zu Recht macht und darüber hinaus dem BAYER-Konzern und der gesamten Kartell-Mafia einen ausdrücklichen Freibrief ausstellt: „Bei lebensnaher Betrachtung (ist) davon auszugehen, dass ein weltweit agierender Konzern wie die BAYER AG letztlich durch Kartellabspra-

www.CBGnetwork.org

GENiale Geschäfte

Vom GenKlau -
zum GenGau.

Am Beispiel des BAYER-Konzerns.
Unsere Jahrestagung soll Mut machen.
Konkret, faktenreich und anschaulich.

JETZT ANMELDEN

JAHRES- TAGUNG 2005

Samstag, 11.11.2006
DÜSSELDORF
(ganztäglich)

- Bitte schickt mir weitere Informationen.
- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2006 der CBG (Tagesgebühr o. Übern. u. o. Verpfl. für Mitglieder 20 €, für Nicht-Mitglieder 30 €. Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.
- Ich bin Mitglied Ja Nein
- Ich möchte Mitglied werden (Jahresbeitrag mind. 60 €). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.

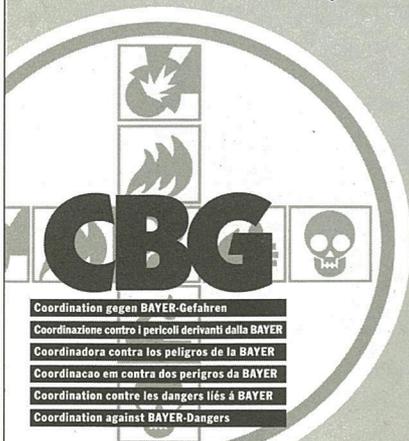
Name _____

Adresse _____

Bank _____ BLZ _____

Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____ Alter _____

Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18,
D-40081 Düsseldorf, Fon (0)2 11 - 33 39 11, Fax (0)2 11 - 33 39 40, eMail CBGnetwork@aol.com





„Mein Name ist Wenning, ich weiß von nichts.“

chen größere Gewinne erzielt, als wenn sie auf solche verzichten würde“, heißt es in der schriftlichen Begründung. Und weiter: „Es ist in Anbetracht des Umstandes, dass viele namhafte Unternehmen an den Absprachen beteiligt waren, davon auszugehen, dass diese Vereinbarungen lediglich (!) in der Absicht einer sicheren Gewinnmaximierung getroffen wurden.“

Axel Köhler-Schnura in einer ersten Stellungnahme: „Es ist ein Skandal, dass jeder Ladendieb für seine Taten haftbar gemacht wird, während Konzern-Vorstände für kriminelle Machenschaften der von ihnen geleiteten Unternehmen strafrei ausgehen und sogar noch einen Freibrief erhalten.“ Rechtsanwalt Eberhard Reinecke, der die Strafanzeige im Auftrag der Coordination einbrachte, ergänzt: „Der große Umfang derartiger Kartellabsprachen und die Vorsorge in der Bilanzierung belegen ganz eindeutig, dass es sich hier

nicht um einzelne Ausrutscher, sondern um eine systematische Geschäftspolitik handelt. Daher kann die Argumentation der Staatsanwaltschaft Köln nur als merkwürdig bezeichnet werden. Große Unternehmen werden hierdurch zu illegalen Handlungen geradezu ermutigt.“ Für Reinecke ist es eine „gesetzgeberische Fehlleistung ersten Ranges“, Kartell-Vergehen nur mit Bußgeldern und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen zu ahnden.

Die CBG legte daher Ende Juli bei der Staatsanwaltschaft Köln Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Zudem wandte sich der Verein mit der Forderung nach einer „Manager-Haftung“ an den Bundestag. Unterstützung erhält die CBG dabei von der Europäischen Union. Juan Antonio Rivièrre, Leiter der Abteilung Verbraucherschutz bei der EU-Wettbewerbsbehörde, bezeichnete die

Strafanzeige gegen BAYER als „hilfreich“ und „sinnvoll“. Gegenüber der CBG äußerte er die Einschätzung, dass auf mittlere Sicht eine Manager-Haftung kommen werde.

Rivièrres Vorgesetzte, EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, stuft private Klagen, wie sie jüngst eine Kanadierin gegen BAYER anstrebte (*Ticker 2/06*) gar als „zentrales Mittel der Bekämpfung rechtswidriger Absprachen“ ein. Nach der Verhängung der Kartellstrafe gegen BAYER hatte Kroes im vergangenen Jahr angekündigt: „Ich werde dafür sorgen, dass Kartelle weiterhin aufgedeckt, strafrechtlich verfolgt und bestraft werden. Mit der jüngsten Entscheidung gebe ich ein sehr starkes Signal an die Unternehmensvorstände, dass Kartelle nicht toleriert werden und an die Anteilseigner, dass sie sorgfältig darauf achten sollen, wie ihre Unternehmen geführt werden.“

Au weia, BAYER

Jetzt auch Cola mit Pestizid-Geschmack!

Alle Welt rätselt über die COCA-COLA-Rezeptur. Ausgerechnet das indische „Centre for Science and Environment“ (CSE) brachte jetzt ein wenig Licht in die dunkle Kaffeebrause. Sie untersuchte Cola-Proben und fand in ihnen bis zu fünf Agrochemikalien, darunter auch das unter anderem von BAYER hergestellte Chlorpyrifos; in PEPSI COLA tummelte sich ein ebensolcher Gift-Cocktail. „Die Ergebnisse waren wirklich schockierend. PEPSI COLA wies Rückstände auf, die dreißig Mal höher waren als die genehmigten Werte des „Bureau of Indian Standards“ liegen, bei COCA COLA liegen sie 27 Mal höher“, so CSE-Direktorin Sunita Narain. Des Rätsels Lösung: Die massenhafte Verwendung der Agrochemikalien verschmutzt das Grundwasser des Subkontinents so stark, dass die Konzerne zur Produktion ihrer Getränke kein sauberes Wasser mehr bekommen. Nach Bekanntwerden der Untersuchung verhängten mehrere Bundesstaaten des Landes sofort Verkaufsverbote.



BAYERs Sündenregister

- Von 1996 bis 2001 sprach der Leverkusener Konzern mit den Konkurrenten FLEXSYS und CROMPTON die Preise für Kautschuk-Chemikalien ab. Die EU-Kommission verhängte ein Bußgeld von 58,88 Mio. Euro, in den USA zahlte BAYER zusätzlich 66 Mio Dollar. Zwei Verkaufsleiter des Unternehmens wurden in den USA zu Haftstrafen verurteilt;
- Die Schweizer Wettbewerbskommission ermittelt gegenwärtig gegen drei Anbieter von Potenzmitteln, darunter BAYER, wegen abgestimmter Preisbildung;
- Im Herbst 2004 wurde BAYER in den USA zu einer Strafe von 33 Mio. Dollar verurteilt. Zwischen 1998 und 2002 hatte sich der Konzern an einem Kartell für Polyol beteiligt;
- ebenfalls im Herbst 2004 wurde BAYER zu einer Strafe von 4,7 Mio. Dollar verurteilt; hierbei ging es um Preisabsprachen beim Verkauf von Acrylonitril;
- im Oktober 2005 wurde BAYER in Portugal und Brasilien zu Kartellstrafen verurteilt. In beiden Fällen ging es um Pharmazeutika. Die Strafe in Portugal betrug rund 5 Mio. Euro, das Kartell lief von 2001 bis 2004;

- in den USA hat BAYER über Jahre hinweg bei Lieferungen an die staatlichen Gesundheitsprogramme „Medicare“ und „Medicaid“ falsche Preise gemeldet. Dem Staat waren durch die Preismanipulationen jährliche Schäden von rund einer Milliarde Dollar entstanden. Den US-Behörden fielen geheime Firmen-Dokumente zu, in denen die Manipulationen als bewährte „Marketing-Instrumente“ beschrieben wurden. BAYER zahlte die Rekord-Strafe von 257 Mio. Dollar;
- in Italien hat BAYER mit Konkurrenzfirmen die Preise für Diabetes-Tests abgesprochen. BAYER und vier weitere Unternehmen wurden 2003 zu Strafen von insg. 30 Mio. verurteilt. Das Kartell lief von 1996 bis 2001;
- 1997 wurde die damalige BAYER-Tochter HAARMANN + REIMER zu 50 Mio. Dollar Strafe verurteilt, hinzu kamen Klagen von geschädigten Firmen. H+R hatte von 1991 bis 1995 den Preis für Zitronensäure mit Konkurrenten abgestimmt;
- in den 80er Jahren beteiligte sich BAYER an einem europaweiten Kartell für den Kunststoff Polyethylen. Preise und Quoten der Kartell-Teilnehmer wurden vorab exakt festgelegt.

Richter leisten Offenbarungseid

Die bundesdeutsche Justiz leistete jüngst ihren Offenbarungseid in Sachen „Wirtschaftskriminalität“. In der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs zum Kölner Müllskandal heißt es: „Nach der Erfahrung des Senats kommt es bei einer Vielzahl von großen Wirtschaftsstrafsachen dazu, dass eine dem Unrechtsgehalt (...) adäquate Bestrafung allein deswegen nicht erfolgen kann, weil für die gebotene Aufklärung derart komplexer Sachverhalte keine ausreichende juristischen Ressourcen zur Verfügung stehen“.

Aufgrund der dürtigen Personalausstattung ziehen sich die Verfahren oft derart in die Länge, dass die Gerichte höchstens noch Bewährungsstrafen verhängen dürfen.

Deshalb beobachten die RichterInnen ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen der Strafpraxis bei der allgemeinen Kriminalität und derjenigen bei Wirtschaftsstrafsachen und befürchten, durch „unangemessen milde Sanktionen“ könne das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung leiden.

DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für
außerparlamentarische
Frauenpositionen

Unsere Sommer-Themen 2006

Schwerpunkt Im Osten was Neues? >> Von der DDR lernen? >> „Feminismus: das verlockende Fremde“ >> Zwischen Uni und UNO >> Gleichberechtigung vs. Feminismus? **Andere Länder** El Salvador >> Chiquita wirbt um Sympathien >> Eine Einladung zum Gespräch mit iranischen Frauen **Herstory** Wege über die Pyrenäen



- Ich möchte die Zeitschrift **kennen lernen**. Bitte schicken Sie mir **2** Ausgaben für 3,50 Euro in Briefmarken
- Ich möchte ein **Abonnement**, 4 Ausg. jährlich, für 15 Euro*

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Tel.-Nr. _____

Die Ausgaben (36 Seiten) erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres. *) = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Bitte mit vollständiger Adresse und Tel.-Nr. senden an: **WIR FRAUEN e.V. Verein zur Förderung von Frauenpublizistik** Rochusstraße 43 • 40479 Düsseldorf • info@wirfrauen.de • www.wirfrauen.de

Umweltinitiative ermöglicht „Greenwashing“

BAYER spannt WWF vor seinen Karren



„Bitte recht freundlich“ - der WWF-Thailand und BAYER

„Für die Umwelt unterwegs“ heißt das Portrait der Thailänderin Tatirose Vijitpan, einer „engagierten Vertreterin des Umweltschutzes, die als Expertin der Umweltorganisation WWF ihre Landsleute sensibilisiert“. Erschienen ist der rührige Artikel auf der homepage von BAYER – in der Sektion „Gesellschaftliche Verantwortung“. Der WORLD WILDLIFE FUND (WWF) will von einer Kooperation mit dem Leverkusener Multi nichts wissen, geht gegen die Veröffentlichung jedoch nicht vor.

Von Philipp Mimkes

Tatirose Vijitpan muss man sich als einen engagierten Menschen vorstellen: „Als kleines Mädchen wanderte sie oft mit ihren Eltern durch die Naturparks Thailands und lernte den natürlichen Reichtum ihrer Heimat kennen und lieben. Als in Thailand nur wenige von Umweltschutz sprachen, trennten die Eltern bereits ihren Müll. Dieses Verhalten schuf in ihr das Bewusstsein, dass Natur

geschützt werden muss. Ihr Entschluss, an der Thammasat Universität Umweltwissenschaften zu studieren, war deshalb ein folgerichtiger Schritt. Als eine der Besten ihres Jahrgangs schloss sie Ende 2003 ihr Studium ab. Unmittelbar danach stellt sie der WWF ein.“ Dort arbeitet Vijitpan heute in der Abteilung „Energie und Klima“.

Dieses ausführliche Portrait der heute

in der WWF-Sektion „Energie und Klima“ arbeitenden jungen Frau findet sich jedoch nicht – wie man erwarten würde – in einer Publikation ihres Arbeitgebers, sondern auf der website des BAYER-Konzerns. Berührungängste hat Vijitpan offenbar keine, in den Text sind zahlreiche Zitate und Fotos von ihr eingestreut.

Dabei gäbe es gute Gründe für die WWF-Mitarbeiterin, größtmögliche

Distanz zum deutschen Chemie-Konzern zu wahren. So betreibt BAYER in Thailand eine der größten Produktionsanlagen für Bisphenol A (BPA) weltweit. Wie der WWF selbst in seiner Studie „Bisphenol A – a known endocrine disruptor“ hervorgehoben hat, ist die Verwendung von BPA in Alltagsprodukten wie Babyflaschen, Konservendosen oder Verpackungen nicht verantwortlich, da schon niedrigste Belastungen das menschliche Hormonsystem schädigen können. Trotzdem verharmlost der Chemie-Multi als größter europäischer BPA-Hersteller die Risiken und verhindert durch politische Einflussnahme ein Verbot gefährlicher Anwendungen.

Auch gegen die Produktion hochtoxischer und umweltschädigender Pestizide hat sich der WWF stets stark gemacht. Gemeinsam mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) forderte der WWF DEUTSCHLAND vor vier Jahren den Leverkusener Konzern auf, alle Pestizide der höchsten Gefahrenklasse vom Markt zu nehmen. Dem ist BAYER als weltweit größter Hersteller von Agrochemikalien jedoch bis heute nicht nachgekommen.

Die CBG schrieb daher Anfang Juli einen Offenen Brief an die thailändische Sektion des WWF und forderte den Umweltverband auf, die Zusammenarbeit mit dem Leverkusener Konzern einzustellen. Nach Ansicht der Coordination erlaubt die Kooperation dem Unternehmen, sich ein „grünes Deckmäntelchen“ überzuziehen und dadurch Berichte über gefährliche Produkte und Schadstoff-Emissionen in den Hintergrund zu drängen. BAYER startete in den vergangenen Jahren mehr als hundert Kooperationen und Projekte im Umweltbereich. Hierdurch soll der Kritik von Umweltorganisationen und Medien schon im Vorfeld begegnet werden. Dies ändert aber nichts daran, dass der Konzern gleichzeitig über seine LobbyistInnen jegliche Art von Umweltgesetzgebung bekämpft – sei es das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, die neuen EU-Gesetze zur Chemikaliensicherheit oder geplante Verbote von Pestiziden.

Dr. Sitanon Jesdapipat, Direktor des WWF-Thailand, bedankte sich für die Initiative der CBG. Die Veröffentlichung auf der website von BAYER habe, so Jesdapipat, die Faktenlage verdreht und das öffentliche Vertrauen in den WWF beschädigt. Tatirose Vijitpan habe vor ihrer Zeit beim WWF an einem Austausch-Programm von BAYER teilgenommen; das Portrait sei zustande gekommen,

ohne dass es eine formale Zusammenarbeit mit dem WWF gegeben hätte. Jesdapipat schließt eine solche Kooperation wegen „starker Zweifel an der ökologischen Integrität“ von BAYER auch für die Zukunft strikt aus. Mehr noch: Tatirose Vijitpan sei von BAYER ausgenutzt worden, der WWF betrachte die Vorgehensweise von BAYER als unzulässig. Dr. Jesdapipat werde das Problem daher im inter-

Auf der website des BAYER-Konzerns findet sich das ausführliche Portrait der in der Abteilung „Energie und Klima“ arbeitenden WWF-Aktivistin

nationalen WWF-Verband diskutieren, damit sich ähnliche Fälle nicht wiederholten. Eine Kopie des Briefes erhielt die BAYER-Zentrale in Leverkusen.

Trotz dieser klaren Worte bleibt unklar, ob der WWF-Thailand im Vorfeld über die Veröffentlichung informiert war. Kaum vorstellbar, dass Frau Vijitpan das Interview inklusive Foto-Termin als reine Privatangelegenheit betrachtet hat. Unverständlich ist auch, warum sich das Portrait noch vier Wochen nach Zusendung des Antwortschreibens auf der homepage von BAYER findet ohne Vijitpans Zustimmung sollte dies kaum möglich sein.

Wie dem auch sei - die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wird auch in Zukunft darauf hinweisen, dass die von BAYER gestarteten Umwelt- und Sozialprojekte teilweise sinnvoll sein mögen, jedoch ausnahmslos aus Imagegründen gestartet werden. Das vorgebliche Engagement ist nichts weiter als ein Bestandteil des Konzern-Marketings ohne reale umweltpolitische Konsequenzen. Durch dieses Manöver kann das Unternehmen kritischen Anfragen von JournalistInnen oder engagierten Privatpersonen routinemäßig mit Verweisen auf die Kooperation mit den Vereinten Nationen oder anderen „glaubwürdigen“ Partnern begegnen. Allein aus diesem Grund ist für den Global Player eine Kooperation, oder auch nur der Anschein einer Kooperation, mit dem WWF wertvoll.

Die Öffentlichkeit und insbesondere die Umweltbewegung ist daher gut beraten, diese Aktivitäten als Ablenkungsmanöver zu enttarnen und auf einem wirkungsvollen Umweltschutz zu beharren. Dieser ist aber weder zum Nulltarif noch durch goodwill-Projekte oder freiwillige Selbstverpflichtungen zu haben.

Promis gegen Profit



Heribert Prantl ist Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*

„Horst Köhler kennt die Wirtschaft so gut wie noch kein Bundespräsident vor ihm. Er ist Ökonom, er ist also der Richtige, um etwas über das dort grassierende Leporello-Phänomen zu sagen. Leporello ist, wie der Opernkenner weiß, der Diener des Don Giovanni, der dessen Eroberungen in einer berühmten Arie preist: In Italien 640, in Deutschland 231, 100 in Frankreich, 91 in der Türkei und in Spanien 1003 Frauen. In solchem Leporello-Stil verkünden Wirtschaftsunternehmen heutzutage Entlassungen und Arbeitsplatzabbau: Bei KARMANN 1.250, bei BAYER-SCHERING 6.000, bei SIEMENS-NOKIA 9.000, 14.500 bei DAIMLERCHRYSLER, 20.000 bei VW und bei der TELEKOM 32.000. Angesichts der Gewinne, die gleichzeitig bekannt gemacht werden, erscheint das auch den Zeitgenossen, die mit sozialistischem Gedankengut gar nichts am Hut haben, als gefährliche Frivolität.“

Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.



www.CBGnetwork.org

Ein mutiges Herz hat aufgehört zu schlagen

Henry Mathews ist gestorben



Henry Mathews auf einer BAYER-Hauptversammlung

Am 30. Juli starb Henry Mathews überraschend am zweiten Tag seines Urlaubs in Schweden. Gerade 40 Jahre jung, wurde ein mutiger Kämpfer für eine gerechtere Welt und gegen Profitdiktatur mitten aus dem Leben gerissen. Die Trauer um diesen Verlust ist groß. Henry Mathews wirkte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere verbindet sich sein Name mit dem DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE. Zurück lässt er seine fassungslosen Freundinnen und Freunde, seine Angehörigen und seine Liebsten, vor allem seine Lebensgefährtin, seine Tochter und seine Eltern.

Von Axel Köhler-Schnura

Es war 1986, da setzte Henry Mathews zusammen mit Helmut Paschlau und mir seine Unterschrift unter das Gründungsprotokoll eines Vereins, der die Aktionä-

rInnenhauptversammlungen in Deutschland verändern sollte: Im Naturfreundehaus Solingen wurde der DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND

AKTIONÄRE aus der Taufe gehoben. Gesellschaftspolitisch interessiert, richtete der Landschaftsgärtner Henry Mathews bereits während seiner Ausbildung

sein Augenmerk zunehmend auf die üblen Praktiken des SCHERING-Konzerns. In diesem Kontext lernte er die BUKO-PHARMAKAMPAGNE und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) kennen. Nach dem Modell des Netzwerkes der CBG hob er das SCHERING-AKTIONSNETZWERK (SCHAN), einen internationalen Verbund zur kritischen Begleitung des Berliner Pharma-Multis, aus der Taufe.

Mit 20 Jahren vor der Frage stehend, seine Karriere als Landschaftsgärtner weiterzuverfolgen oder aus der konzernkritischen Berufung einen Beruf zu machen, nahm er das Angebot an, Geschäftsführer der CBG zu werden. Parallel dazu entwickelte er eine umfangreiche journalistische Tätigkeit.

Als Anfang der 90er Jahre klar wurde, dass der Dachverband auf rein ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu führen ist, nahm Henry Mathews die Herausforderung eines Geschäftsführerpostens bei der Organisation an. Seit 1993 ist die Entwicklung des Dachverbandes von einem kleinen Verein engagierter KonzernkritikerInnen hin zu einer starken Vertretung Tausender AktionärInnen untrennbar mit seinem Namen verbunden. Doch es blieb nie bei der Beschränkung auf die Verwaltung und Vertretung von AktionärInnen-Rechten. Wo immer Menschenrechte, Demokratie, Ökologie oder soziale Rechte in Gefahr waren, engagierte sich Henry. Besonders verbindet sich mit seinem Namen auch der Kampf gegen Nazis und Faschismus. Als Mitbegründer der Kampagne „Nie wieder!“ setzte er alles daran, der Fortexistenz der IG FARBEN in der Bundesrepublik endlich Einhalt zu gebieten und das Restvermögen dieses Mord-Konzerns den Opfern und Hinterbliebenen zugänglich zu machen.

Henry Mathews war tatkräftig. Seine Träume von einer besseren, gerechteren Welt gab er zu keiner Zeit auf, sondern verfolgte sie aktiv, konsequent und ideenreich. Er erkannte das Profitprinzip als zentrales Hemmnis und setzte den Hebel dort an. Von Jahr zu Jahr wurde er auf einer stetig wachsenden Zahl von AktionärInnen-Hauptversammlungen zum Ankläger der Konzernvorstände. Er war Kommunist, zeitweilig organisiert in der PDS/Linkspartei, den Unterdrückten und Ausgebeuteten verpflichtet. Auch wenn der Dachverband sein Hauptwirkungsfeld war, so hinterließ er Spuren auf zahlreichen anderen Feldern, sowohl national als auch international.

Henry Mathews war mutig. Furchtlos trat

er den Mächtigen entgegen. Auf den Hauptversammlungen der Konzerne und Banken sagte er den Vorständen, welche die Fäden der Welt in der Hand halten, ohne Zögern ins Gesicht, was er von ihnen hielt. Auf Pressekonferenzen, Demonstrationen, Foren und Podien

Wo immer Menschenrechte, Demokratie, Ökologie oder soziale Rechte in Gefahr waren, engagierte sich Henry Mathews

unterschiedlichster Art trat er dem Unrecht des Kapitalismus entgegen. Auch die Anwesenheit Tausender durchaus nicht immer wohlgesonnener ZuhörerInnen auf den AktionärInnen-Versammlungen machte ihn nicht im geringsten bange.

Henry Mathews war sensibel. Freundschaften rangierten für ihn an erster Stelle. Geprägt von tiefer Ehrlichkeit, eckte er oft an, was er aber niemals scheute. Er war sehr unglücklich darüber, dass er viele Beziehungen nicht so pflegen konnte, wie sie es verdienten und er sich das wünschte. Darunter insbesondere das Verhältnis zu seiner geliebten Tochter.

Henry Mathews war ein Grenzgänger. Er vermochte es, Menschen unterschiedlichster Auffassungen und gesellschaftlicher Herkunft zusammenzubringen. Er sah stets zuerst das Menschliche und erst in zweiter Linie politische oder andere Haltungen. Er hörte zu und folgte den Argumenten ohne ideologische Verbrämung. Zugleich war er streitbar, scheute keinen Konflikt und vermochte es so, gedankliche Ghettos zu überwinden und konträre Meinungen in die Diskussion zu bringen.

Am 30. Juli 2006 war Henry Mathews zusammen mit seiner Lebensgefährtin soeben in Nordschweden angekommen und hatte das gemeinsame Gepäck in einem Kanu verstaут. Vor ihm lag die in der Sonne glänzende Fläche eines Binnensees. Sieben Tage wollten die beiden gemeinsam die Wildnis erkunden, bis zu einem geeigneten Liegeplatz paddeln, sich für die Nacht einrichten und am nächsten Tag zu neuen Zielen aufbrechen. Doch bereits am zweiten Tag war das Abenteuer zuende. Henry Mathews erlitt einen Herzstillstand und stürzte ins Wasser. Ein mutiges Kämpferherz hatte aufgehört zu schlagen. Wir trauern.

Mitten aus dem Leben und der Arbeit gerissen

Henry Mathews

15. 6. 1966 30. 7. 2006

Er verlor sein Leben viel zu früh. Und wir ihn. Den unermüdlichen Arbeiter für eine gerechte Gesellschaft. Den Netzwerker für Organisationen aus dem Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsbereich. Den langjährigen, profunden Kritiker vieler Konzerne. Unser Kampf geht weiter.

In stiller Trauer:

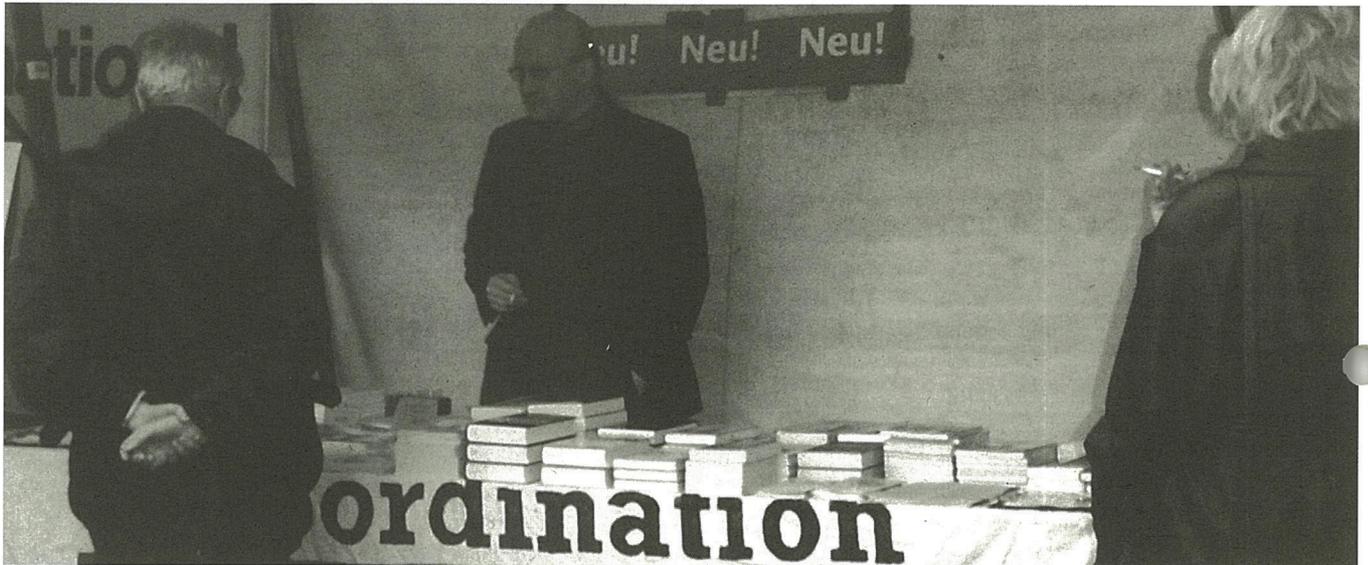
Die Vorstandskollegen Dorothea Kerschgens, Bernd Moritz, Paul Russmann und Tom Adler, Eduard Bernhard, Brigitte Biehl, Gregor Böckermann, Eduardo Fanchel, Jürgen Grässlin, Angela Hidding, Georg Herter, Ulla Herter, Axel Köhler-Schnura, Verena Landau, Philipp Mimkes, Liane Melzer, Ria Reich, Claudia Rizzetti, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Bernhard Scholer, Ute Schäfer, Marion Struck-Garbe, Gaby Weber

Die Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre: (www.kritischeaktionaeere.de)

Aktion alternativer BASF-Aktionäre (AABA)
 Aktionärgemeinschaft im Dienst des Ausstiegs aus der Atomenergie (AIDA)
 Aktionsgruppe Babynahrung (AGB)
 Bundeskoordination Internationalismus/BUKO
 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) *
 Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte
 Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
 Förderkreis 'Rettet die Elbe'
 Initiative 'Ordensleute für den Frieden' (IOF)
 Kampagne gegen Rüstungsexport
 Koordination Südliches Afrika (KOSA)
 Kritische AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC)
 Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben (ORL)
 Pazifik-Netzwerk, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)
 Rettet den Regenwald
 Sowie die BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexport und Südwind e.V.

Henry Mathews und die CBG

Eine lange Freundschaft



Henry Mathews in CBG-Diensten

Die CBG und Henry Mathews gingen ein gutes Stück politischen Weges gemeinsam.

Als gebürtiger Berliner engagierte sich Henry seit etwa 1983 gegen die finsternen Machenschaften des SCHERING-Konzerns. Ihn inspirierte das damals gerade aus der Wuppertaler Bürgerinitiative hervorgegangene internationale Netzwerk der CBG. So wie diese legte er seine Arbeit auch an und knüpfte Kontakte zu SCHERING-KritikerInnen in aller Welt. Und er übernahm auch die Aktionsform der CBG, mit Gegenreden als „kritische Aktionäre“ in die Höhle des Löwen vorzudringen und auf den Hauptversammlungen des Konzerns zu sprechen. Fundierte Beratung und tatkräftige Unterstützung fand er bei Axel Köhler-Schnura, dem heute noch im Vorstand der Coordination wirkenden Gründungsmitglied der CBG.

Es war nur folgerichtig, dass das SCHERING AKTIONSNETZWERK (SCHAN) zusammen mit der CBG und den Kritischen AktionärInnen der DRESDNER BANK den Grundstein für den DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE legte. Das Gründungsprotokoll unterzeichneten Helmut Paschlau (Kritische AktionärIn-

nen/DRESDNER BANK), Axel Köhler-Schnura (Kritische AktionärInnen/BAYER) und eben Henry Mathews (Kritische AktionärInnen/SCHERING).

Von diesem Zeitpunkt an wurde die Zusammenarbeit zwischen Henry Mathews und der CBG noch enger. Immerhin verfügte die 1978 bereits als Wuppertaler Bürgerinitiative gegründete CBG über einen Erfahrungs- und Organisationsvorsprung. Und Henry Mathews und Axel Köhler-Schnura arbeiteten nun auch innerhalb des Dachverbandes kontinuierlich und eng zusammen. 1990 sollte die Zusammenarbeit noch weiter intensiviert werden. Henry Mathews hängte seinen Beruf als Landschaftsgärtner an den Nagel und heuerte trotz des an der Armutsgrenze liegenden Entgelts als hauptamtlicher Geschäftsführer bei der CBG an. Noch heute erinnert ein von Henry selbst gebauter Schreibtisch im Büro der CBG an diese Zeit. Anderthalb Jahre lenkte er - wie bei der CBG traditionell üblich - in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand die Geschicke der internationalen BAYER-Kritik.

1991 wechselte er dann zum inzwischen erfreulich gewachsenen Dachverband der Kritischen AktionärInnen und Aktionäre. Das bei der CBG erworbene Know how konnte er dort gut nutzen: Henry Mathews entwickelte den Dachverband zu einer Institution im Bereich kritischer AktionärInnen.

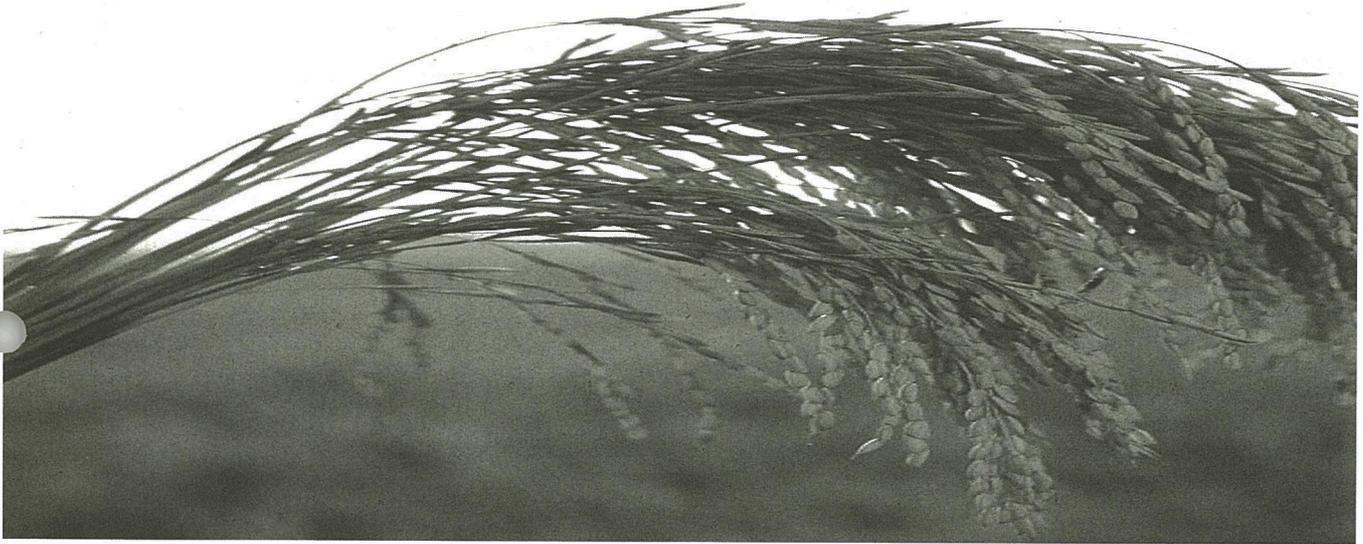
Seine Kontakte zur CBG dauerten aber immer an. Die Coordination saß nicht nur, vertreten durch seinen mittlerweile langjährigen Freund und CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura, im Vorstand des Dachverbandes, sie erwies innerhalb des Tagesgeschäfts als eine organisatorische und inhaltliche Stütze.

Diese gipfelte unter anderem in der herausragenden Kampagnenarbeit des Dachverbandes zum IG FARBEN-Konzern, die zu einem Meilenstein wurde, was vor allem in der letzten Phase der Auflösung der IG FARBEN ganz Henrys Verdienst war.

Die CBG verliert mit Henry Mathews einen engen, vorwärtstreibenden und verlässlichen Freund. Wir machen für dich weiter, Henry!

LL 601-Reis auch in herkömmlichen Sorten

BAYERs Gen-GAU



In den USA griff BAYERs genmanipulierter Reis LL 601 auf konventionell produzierte Sorten über und bestätigte damit mal wieder alle der Risikotechnologie geltenden Befürchtungen.

Von Philipp Mimkes

BAYER ist der weltweit zweitgrößte Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut. In Europa will das Unternehmen gentechnisch veränderte Pflanzen wie Raps, Zuckerrüben, Kartoffeln und Mais in den Markt drücken. Bei Gentech-Reis dürfte das auf ungeahnte Schwierigkeiten stoßen. In den USA hat die gegen das von BAYER hergestellte Herbizid LIBERTY LINK resistente Sorte LL 601 nämlich konventionell gezogener Reis verunreinigt. Der in dem Land noch nicht einmal als Lebensmittel zugelassene Reis stellt die ExpertInnen vor ein Rätsel. Die US-Landwirtschaftsbehörde kennt weder den genauen Umfang der Kontamination noch ihre Ursache US-FarmerInnen haben den Multi deshalb auf Schadensersatz verklagt. Japan verhängte nach Bekanntwerden des Gen-GAUs einen sofortigen Import-Stopp für Langkorn-Reis aus den USA. Die EU zog nach, will jedoch wieder einen Rückzieher machen, sobald ein LL 601-Test das Zertifizierungsverfahren ergänzen kann. Sie konnte aber nicht verhindern, dass sich der BAYER -eis schon

unerkannt im ALDI-Regal befand, wie GREENPEACE nachwies.

Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Der Fall bestätigt alle Befürchtungen: Eine nicht zugelassene gentechnisch veränderte Reis-Sorte landet in der Nahrungskette, und niemand weiß, wie sie dort hineingelangt ist. Der Umfang der Verunreinigung ist ebenso unklar wie die gesundheitlichen Risiken für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies muss Konsequenzen für die Zulassung von Gen-Reis in der EU haben“. BAYER hatte 2003 in der EU eine Import-Zulassung für genmanipulierten Reis der Sorte LL 62, der ebenfalls gegen LIBERTY LINK resistent ist, beantragt. Insgesamt neun EU-Mitgliedsstaaten äußerten Bedenken, weswegen die European Food Safety Authority (EFSA) bis heute keine Zulassung erteilt hat. Die CBG fordert die Bundesregierung auf, sich gegen eine Importgenehmigung für den BAYER-Reis auszusprechen.

Aber nicht nur die „Kontaktfreudig-

keit“ des genmanipulierten Reis' bereitet Probleme. Die Markt-Einführung von Gen-Reis hätte dramatische Konsequenzen für die Anbauländer in Asien und anderswo. Millionen Bauern und Bäuerinnen in den Ländern des Südens, die bislang durch Tausch und Eigenzüchtungen ihr Saatgut selbst produzieren, drohen in Abhängigkeit von multinationalen Konzernen zu geraten - die Verwendung ihrer Ernte als Saatgut wäre wegen des Patentschutzes künftig verboten. Wie durch den bereits in der „grünen Revolution“ beobachteten Konzentrationsprozess würden Millionen LandwirtInnen ihre Existenz verlieren und in die Elendsgebiete rund um die Metropolen abwandern. Zudem hätte das Ökosystem zu leiden. Nach Meinung von Dr. Suman Sahai, der Direktorin der indischen Initiative GENE CAMPAIGN, würden im Zuge der „grünen Gentechnik“ lokal angepasste Reissorten durch Hohertragssorten verdrängt, was zu erhöhten Schädlingsaufkommen, verstärktem Einsatz gefährlicher Pestizide und einer Verringerung der Artenvielfalt führe.

